

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	I Mitteilungen	
	Kommission	
2002/C 280/01	Euro-Wechselkurs	1
2002/C 280/02	Mit Anmerkungen versehene Übersicht über die regelwidrige Schaffung von Rückstellungen in Höhe von 56,866 Mio. FRF für die Erneuerung des französischen Stromversorgungsnetzes „Réseau d'alimentation générale“ — RAG entstehen — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	2
2002/C 280/03	Mitteilung über das Außerkrafttreten bestimmter Antidumpingmaßnahmen	7
2002/C 280/04	Staatliche Beihilfe — Frankreich — Beihilfe C 68/2002 (ex E 3/2002 und NN 80/2002) — Vorteile, die Électricité de France (EDF) durch die regelwidrige Schaffung von Rückstellungen in Höhe von 56,866 Mio. FRF für die Erneuerung des französischen Stromversorgungsnetzes „Réseau d'alimentation générale“ — RAG entstehen — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag ⁽¹⁾	8
2002/C 280/05	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden	19
2002/C 280/06	Mitteilung über die Einführung der Zusammenarbeit der Verwaltungen gemäß Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1148/2001 zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Gemeinschaft (Veröffentlicht gemäß Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1148/2001 der Kommission (ABl. L 156 vom 13.6.2001, S. 9))	21
2002/C 280/07	Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden ⁽¹⁾	22
2002/C 280/08	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.2984 — Sofinco/Commercial Bank of Greece/JV) ⁽¹⁾	25

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2002/C 280/09	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2763 — Toray/Murata/Teijin) ⁽¹⁾	26
<hr/>		
	II <i>Vorbereitende Rechtsakte</i>	
	
<hr/>		
	III <i>Bekanntmachungen</i>	
	Kommission	
2002/C 280/10	Programm Daphne 2000—2003 — Vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen — Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2003	27
2002/C 280/11	Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für die Unterstützung internationaler nicht staatlicher Jugendorganisationen — EAC/62/02	31

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

15. November 2002

(2002/C 280/01)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,0029	LVL	Lettischer Lat	0,601
JPY	Japanischer Yen	121,05	MTL	Maltesische Lira	0,4146
DKK	Dänische Krone	7,4263	PLN	Polnischer Zloty	3,9443
GBP	Pfund Sterling	0,6362	ROL	Rumänischer Leu	33639
SEK	Schwedische Krone	9,0835	SIT	Slowenischer Tolar	229,39
CHF	Schweizer Franken	1,4664	SKK	Slowakische Krone	41,684
ISK	Isländische Krone	85,9	TRL	Türkische Lira	1607000
NOK	Norwegische Krone	7,3025	AUD	Australischer Dollar	1,7805
BGN	Bulgarischer Lew	1,9471	CAD	Kanadischer Dollar	1,5869
CYP	Zypern-Pfund	0,57208	HKD	Hongkong-Dollar	7,8222
CZK	Tschechische Krone	30,572	NZD	Neuseeländischer Dollar	2,0072
EEK	Estnische Krone	15,6466	SGD	Singapur-Dollar	1,7685
HUF	Ungarischer Forint	237,3	KRW	Südkoreanischer Won	1204,28
LTL	Litauischer Litas	3,4525	ZAR	Südafrikanischer Rand	9,698

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Mit Anmerkungen versehene Übersicht über die geregelten Märkte und einzelstaatliche Rechtsvorschriften zur Umsetzung der entsprechenden Anforderungen der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (Richtlinie 93/22/EWG des Rates) ⁽¹⁾

(2002/C 280/02)

Nach Artikel 16 der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (93/22/EWG) sind alle Mitgliedstaaten befugt, den auf ihrem Gebiet errichteten Märkten, die ihren Vorschriften entsprechen, den Status des „geregelten Marktes“ zu verleihen.

In Artikel 1 Absatz 13 der Richtlinie 93/22/EWG wird ein „geregelter Markt“ als ein Markt für die in Abschnitt B des Anhangs aufgeführten Finanzinstrumente definiert,

- der von seinem Herkunftsmitgliedstaat als solcher anerkannt ist (der Herkunftsmitgliedstaat wird gemäß Artikel 1 Absatz 6 Buchstabe c) der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie bestimmt);
- der regelmäßig funktioniert;
- der dadurch gekennzeichnet ist, dass die Funktionsbedingungen des Marktes, die Bedingungen für den Zugang zum Markt sowie, wenn die Richtlinie 79/279/EWG über die Zulassung zur amtlichen Notierung Anwendung findet, die in dieser Richtlinie festgelegten Bedingungen für die Zulassung zur Notierung und, wenn die genannte Richtlinie keine Anwendung findet, die Bedingungen, die diese Finanzinstrumente erfüllen müssen, um tatsächlich auf dem Markt gehandelt werden zu können, durch Bestimmungen festgelegt sind, die von den zuständigen Behörden erlassen oder genehmigt wurden;
- auf dem alle Melde- und Transparenzvorschriften, welche nach den Artikeln 20 und 21 der Wertpapierdienstleistungsrichtlinie gelten, eingehalten werden müssen.

Nach Artikel 16 der Richtlinie 93/22/EWG muss jeder Mitgliedstaat ein aktuelles Verzeichnis der von ihm genehmigten Märkte führen. Dieses Verzeichnis ist den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission zu übermitteln. Die Kommission ist nach diesem Artikel dazu verpflichtet, einmal jährlich ein Verzeichnis der ihr mitgeteilten geregelten Märkte zu veröffentlichen. Das beigefügte Verzeichnis wurde aufgrund der genannten Vorschrift erstellt.

Es enthält die Bezeichnung der einzelnen Märkte, die von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten als der Definition des „geregelten Marktes“ entsprechend anerkannt sind. Darüber hinaus enthält es Angaben zum Verwaltungsorgan dieser Märkte und zu der für Erlass oder Genehmigung der Marktvorschriften zuständigen Behörde.

Infolge verringelter Zugangsschranken und der Spezialisierung in Handelssegmente ist das Verzeichnis der „geregelten Märkte“ größeren Veränderungen unterworfen. Die Kommission wird daher neben der jährlichen Veröffentlichung eines Verzeichnisses im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* eine aktualisierte Fassung auf ihrer offiziellen Internetseite zugänglich machen:

http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/finances/mobil/isdlist_de.pdf

Dieses Verzeichnis wird auf der Grundlage der von den einzelstaatlichen Behörden übermittelten Informationen regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht. Diese Behörden werden aufgefordert, der Kommission auch weiterhin etwaige Zusätze oder Streichungen aus dem Verzeichnis der geregelten Märkte ihres Herkunftsmitgliedstaats mitzuteilen.

⁽¹⁾ ABl. L 141 vom 11.6.1993, S. 27.

Land	Bezeichnung des geregelten Marktes	Betreiber	Zuständige Behörde für die Genehmigung und Beaufsichtigung des Marktes
Belgien	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bourse de valeurs mobilières d'Euronext Bruxelles: <ul style="list-style-type: none"> — le premier marché (amtlicher Handel) — le second marché — le nouveau marché — le marché „trading facilities“ 2. Le Marché des Instruments dérivés d'Euronext Bruxelles 3. Le marché secondaire hors bourse des obligations linéaires, des titres scindés et des certificats de trésorerie 4. Nasdaq Europe 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Euronext Bruxelles SA 2. Euronext Bruxelles SA 3. Fonds des rentes 4. Nasdaq SA 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Börse: Gesetzgeber = Finanzministerium Marktaufsichtsbehörde = Autorité de Marché d'Euronext Bruxelles 2. Marché des Instruments dérivés Finanzministerium nach Stellungnahme des CBF Marktaufsichtsbehörde = Autorité de Marché d'Euronext Bruxelles 3. Finanzministerium auf Vorschlag des Rentenfonds ausschusses 4. Nasdaq Europe: Finanzministerium nach Stellungnahme der CBF Marktaufsichtsbehörde = Autorité de Marché de Nasdaq Europe
Dänemark	<ol style="list-style-type: none"> 1. Københavns Fondsbørs <ul style="list-style-type: none"> — Aktienmarkt — Rentenmarkt — Markt für Derivate 2. XtraMarket — Regelter Markt für nicht notierte Anteile von Organisationen für gemeinsame Anlagen (OGAW) und Objektgesellschaften („Special Purposes Associations“) 3. Dansk Autoriseret Markedsplads A/S (Dänischer regelter Markt GmbH (DAMP)) (regelter Markt = regelter Handel mit Wertpapieren, die zum Handel zugelassen sind, aber nicht an der Börse notiert sind) 	<ol style="list-style-type: none"> 1—2. Kopenhagener Börse GmbH 3. Dänischer regelter Markt GmbH (DAMP) 	Finanstilsynet (Dänische Finanzaufsichtsbehörde)
Deutschland	<ol style="list-style-type: none"> 1. Berliner Wertpapierbörse (Amtlicher Handel, regelter Markt) 2. Bremer Wertpapierbörse (Amtlicher Handel, regelter Markt) 3. Düsseldorfer Börse (Amtlicher Handel, regelter Markt) 4. Frankfurter Wertpapierbörse (Amtlicher Handel, regelter Markt, Neuer Markt) 5. Eurex Deutschland 6. Hanseatische Wertpapierbörse Hamburg (Amtlicher Handel, regelter Markt) 7. Niedersächsische Börse zu Hannover (Amtlicher Handel, regelter Markt) 8. Bayerische Börse (Amtlicher Handel, regelter Markt) 9. Baden-Württembergische Wertpapierbörse (Amtlicher Handel, regelter Markt) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Berliner Börse AG 2. Bremer Wertpapierbörse AG 3. Börse Düsseldorf AG 4. und 5. Deutsche Börse AG 6. BöAG (Börsen AG) 7. BöAG (Börsen AG) 8. Bayerische Börse AG 9. Börse-Stuttgart AG 	<p>Börsenaufsichtsbehörden der Länder und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)</p> <p>Länderbehörden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie, Berlin 2. Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europa-Angelegenheiten 3. Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 4. und 5. Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Wiesbaden 6. Freie und Hansestadt Hamburg, Wirtschaftsbehörde 7. Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Hannover 8. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, München 9. Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

Land	Bezeichnung des geregelten Marktes	Betreiber	Zuständige Behörde für die Genehmigung und Beaufsichtigung des Marktes
Griechenland	1. Athener Börse (ASE)/ Börsenzentrum von Thessaloniki (TSEC = Fernbörse) <ul style="list-style-type: none"> — amtlicher Handel — Parallelmarkt — Parallelmarkt für neue Märkte — neuer Markt 2. Derivatensbörse von Athen (ADEX) 3. Electronic Secondary Securities Market (HDAT)	1. und 2. Athener Börse 3. Bank of Greece	Kapitalmarktkommission
Spanien	A. Bolsas de Valores (alle umfassen einen amtlichen Handel, sekundären Markt und neuen Markt): <ol style="list-style-type: none"> 1. Bolsa de Valores de Barcelona 2. Bolsa de Valores de Bilbao 3. Bolsa de Valores de Madrid 4. Bolsa de Valores de Valencia B. Mercados oficiales de Productos Financieros Derivados: <ol style="list-style-type: none"> 1. MEFF Renta Fija 2. MEFF Renta Variable C. Mercados FC & M de Futuros y Opciones sobre Cítricos (Warenderivate, die nicht unter Abschnitt B des Anhangs zur Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (ISD) fallen: Märkte dieser Art fallen nicht unter die Definition des „geregelten Marktes“ der ISD) D. AIAF Mercado de Renta Fija E. Mercado de Deuda Pública en Anotaciones	A1. Sociedad Rectora de la Bolsa de Valores de Barcelona SA A2. Soc. Rectora de la Bolsa de Valores de Bilbao SA A3. Soc. Rectora de la Bolsa de Valores de Madrid SA A4. Soc. Rectora de la Bolsa de Valores de Valencia SA B1. Soc. Rectora de Productos Financieros Derivados de Renta Fija SA B2. Soc. Rectora de Productos Financieros Derivados de Renta Variable SA C. (FC & M) Soc. Rectora del Mercado de Futuros y Opciones sobre Cítricos SA D. AIAF Mercado de Renta Fija	CNMV (Comisión Nacional del Mercado de Valores) Die Banco de España ist für den Staatstittelmarkt zuständig.
Frankreich	1. Bourse de Paris: <ul style="list-style-type: none"> — premier marché (amtlicher Handel) — second marché — marché des EDR (European depositary receipts) 2. Nouveau marché 3. MATIF 4. MONEP	Euronext Paris (1—4)	Vorschlag des „Conseil des marchés financiers“ (CMF) (siehe Kapitel 1 Titel IV der allgemeinen Verfahrensordnung des CMF) Genehmigung durch das Wirtschafts- und Finanzministerium nach Stellungnahme der „Commission des Opérations de Bourse“ (COB) und der „Banque de France“
Irland	„Irish Stock Exchange“ (ISE) bestehend aus: <ul style="list-style-type: none"> — amtlicher Handel — exploration securities market — developing companies market — ITEQ 	Irish Stock Exchange Ltd.	Die „Central Bank of Ireland“ genehmigt den „regulated market“ und (mit Ausnahme der Bedingungen für die Notierung) überprüft und genehmigt Regelungen für den Betrieb der verschiedenen Marktsegmente, die von der ISE ausgearbeitet werden

Land	Bezeichnung des geregelten Marktes	Betreiber	Zuständige Behörde für die Genehmigung und Beaufsichtigung des Marktes
Italien	<p>1. Börse, aufgeteilt in folgende Segmente:</p> <ul style="list-style-type: none"> — elektronische Börse (MTA) — elektronischer Markt für gedeckte Optionsscheine (MCW) — „After-Hours“-Markt (TAH) — elektronischer Markt für Anleihen und Staatstitel (MOT) — elektronischer Markt für Eurobonds, Auslandsanleihen und ABS-Anleihen (EuroMOT) — elektronischer Markt für traditionelle Optionen (MPR) <p>2. Mercato Ristretto (sekundärer Markt)</p> <p>3. Markt für Derivate (IDEM)</p> <p>4. Nuovo Mercato (Neuer Markt — NM)</p> <p>5. Italienischer Markt für Staatstitel-derivate (MIF)</p> <p>6. Großkundenmarkt für Staatstitel (MTS)</p> <p>7. Großkundenmarkt für Industriegeldverschreibungen und Anleihen internationaler Organisationen</p>	<p>1—5. Borsa Italiana SpA</p> <p>6—7. Società per il Mercato dei Titoli di Stato — MTS SpA</p>	<p>Consob erteilt Unternehmen, die Märkte betreiben, die Zulassung und Genehmigungen</p> <p>Die Betreibergesellschaft von Großkundenmärkten für Staatspapiere wird vom Finanzministerium nach Stellungnahme von Consob und der Banca d'Italia zugelassen</p>
Luxemburg	<p>Bourse de Luxembourg:</p> <ul style="list-style-type: none"> — amtlicher Handel — internationaler Anleihemarkt 	Société de la Bourse de Luxembourg SA	Aufsichtskommission für den Finanzsektor
Niederlande	<p>1. Amsterdamer Börse (AEX):</p> <ul style="list-style-type: none"> — amtlicher Handel — Inlandsmarkt für nicht börsennotierte Wertpapiere — Euro NM Amsterdam <p>2. Euronext Amsterdam Markt für Derivate</p>	Euronext NV und Euronext Amsterdam NV	<p>Anerkennung durch das Finanzministerium nach Stellungnahme der Niederländischen Behörde für die Finanzmärkte</p> <p>Beaufsichtigung durch die Niederländische Behörde für die Finanzmärkte</p>
Österreich	<p>1. Amtlicher Handel</p> <p>2. Geregelter Freiverkehr</p> <p>3. Amtlicher Handel NEWEX</p> <p>4. Geregelter Freiverkehr NEWEX</p>	<p>1—2. Wiener Börse AG</p> <p>3—4. Newex Börse AG (Tochter der Wiener Börse AG und Deutsche Börse AG)</p>	Finanzmarktaufsichtsbehörde

Land	Bezeichnung des geregelten Marktes	Betreiber	Zuständige Behörde für die Genehmigung und Beaufsichtigung des Marktes
Portugal	<ol style="list-style-type: none"> 1. Mercado de Cotações Oficiais (Amtlicher Handel) 2. Segundo Mercado (Sekundärer Handel) 3. Novo Mercado (Neuer Markt) 4. Mercado de Futuros e Opções (Termin- und Optionsbörse) 5. MEDIP — Mercado Especial de Dívida Pública (Sondermarkt für Staatstitel) 	<p>Märkte 1—4: Euronext Lisboa — Sociedade Gestora de Mercados Regulamentados SA</p> <p>Markt 5: MTS Portugal — Sociedade Gestora Mercado Especial Dívida Pública SA</p>	Das Finanzministerium genehmigt Märkte auf der Grundlage eines Vorschlags der „Comissão do mercado dos valores mobiliários“ (CNVM) — die letztgenannte ist für Regulierung und Beaufsichtigung des Markts verantwortlich
Finnland	<ol style="list-style-type: none"> 1. Arvopaperipörssi (Börse): <ul style="list-style-type: none"> — Päälista (Hauptnotierung für Aktien und Schuldtitel) — I-, NM- ja Prelista (parallele Notierungen I-, NM- und vorbörsliche Notierung für Aktien und Schuldtitel) 2. Optioyhteisö (Optionsgesellschaft) (Börse für Derivative und Clearingstelle) 	<p>Für 1 und 2:</p> <p>Helsingin Arvopaperi- ja johdannaispörssi, selvitysyhtiön Oy (Börse für Wertpapiere und Derivate von Helsinki und Clearingstelle GmbH)</p>	<p>Genehmigung: Finanzministerium</p> <p>Beaufsichtigung:</p> <ul style="list-style-type: none"> — Genehmigung der Vorschriften: Finanzministerium — Beaufsichtigung der Einhaltung: Rahoitustarkastus/ Finnische Finanzaufsichtsbehörde
Schweden	<ol style="list-style-type: none"> 1. OM Stockholmsbörsen: <ul style="list-style-type: none"> — Markt für „A-Notierungen“ — Freiverkehr (kleine Unternehmen) — „O-Notierung“ (nicht börsennotierte Unternehmen) 2. Nordic growth market 3. Aktietorget 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Om Stockholmsbörsen Aktiebolag 2. Nordic growth market NGM-Aktiebolag 3. Aktietorget Aktiebolag 	Finanzinspektionen (Finanzaufsichtsbehörde)
Vereinigtes Königreich	<ol style="list-style-type: none"> 1. Domestic equity market 2. European equity market 3. Gilt edged and sterling bond market 4. Alternative investment market (AIM) 5. International retail service 6. International order book 7. The London International Financial Futures and Options Exchange (LIFFE) 8. OM London 9. Virt-x 10. Coredeal MTS 11. Jiway 	<p>Märkte 1—6.: London Stock Exchange Ltd</p> <ol style="list-style-type: none"> 7. LIFFE Administration and Management 8. OM London Exchange Limited 9. Virt-x Exchange Limited 10. Coredeal Limited 11. Jiway Ltd 	Einrichtungen, die geregelte Märkte betreiben, sind anerkannte Anlagebörsen im Sinne von „section“ 285 des „Financial Services Act 2000“ und werden von der Finanzaufsichtsbehörde („Financial Services Authority“/FSA) reguliert
Island	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verðbréfaþing Íslands hf. (Isländische Börse GmbH — Amtlicher Handel) 2. Tilboðsmarkaður VÞÍ (Geregelter Freiverkehr — keine amtliche Notierung) 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Isländische Börse GmbH 2. Isländische Börse GmbH 	Fjármála-eftirlitið (Finanzaufsichtsbehörde)

Land	Bezeichnung des geregelten Marktes	Betreiber	Zuständige Behörde für die Genehmigung und Beaufsichtigung des Marktes
Norwegen	Osloer Börse — Aktienmarkt — Markt für Derivate — Rentenmarkt	Oslo Børs ASA	Kreditilsynet (Norwegische Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsichtsbehörde)

Mitteilung über das Außerkrafttreten bestimmter Antidumpingmaßnahmen

(2002/C 280/03)

Da nach der Veröffentlichung einer Bekanntmachung über das bevorstehende Außerkrafttreten der nachstehend genannten Antidumpingmaßnahmen ⁽¹⁾ kein Antrag auf Überprüfung einging, gibt die Kommission bekannt, dass diese Maßnahmen in Kürze außer Kraft treten werden.

Diese Mitteilung ergeht gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 ⁽²⁾ über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern.

Ware	Ursprungs- oder Ausfuhrland/-länder	Maßnahmen	Rechtsgrundlage	Zeitpunkt des Außerkrafttretens
Flachpaletten aus Holz	Polen	Zoll	Verordnung (EG) Nr. 2334/97 (ABl. L 324 vom 27.11.1997) zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1012/2002 (ABl. L 155 vom 14.6.2002)	28.11.2002
		Verpflichtung	Verordnung (EG) Nr. 1023/97 (ABl. L 150 vom 7.6.1997) zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1633/97 (ABl. L 225 vom 15.8.1997)	
		Verpflichtung	Beschluss 97/797/EG (ABl. L 324 vom 27.11.1997)	
		Verpflichtung	Beschluss 98/554/EG (ABl. L 266 vom 1.10.1998)	
		Verpflichtung	Beschluss 1999/642/EG (ABl. L 255 vom 30.9.1999)	
		Verpflichtung	Beschluss 2000/437/EG (ABl. L 175 vom 14.7.2000)	
		Verpflichtung	Beschluss 2001/643/EG (ABl. L 227 vom 23.8.2001)	
		Verpflichtung	Beschluss 2002/380/EG (ABl. L 135 vom 23.5.2002)	

⁽¹⁾ ABl. C 53 vom 28.2.2002, S. 9.

⁽²⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2238/2000 (ABl. L 257 vom 11.10.2000, S. 2).

STAATLICHE BEIHILFE — FRANKREICH

Beihilfe C 68/2002 (ex E 3/2002 und NN 80/2002) — Vorteile, die Électricité de France (EDF) durch die regelwidrige Schaffung von Rückstellungen in Höhe von 56,866 Mio. FRF für die Erneuerung des französischen Stromversorgungsnetzes „Réseau d'alimentation générale“ — RAG entstehen

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag

(2002/C 280/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 16. Oktober 2002, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Frankreich ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilfe das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zu den Beihilfen, derentwegen die Kommission das Verfahren einleitet, zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Direktion H3
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 95 80.

Alle Stellungnahmen werden Frankreich übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

INHALT DER ZUSAMMENFASSUNG

Mit Artikel 4 des Gesetzes 97-1026 vom 10. November 1997 stellte die französische Regierung klar, dass EDF seit 1956 Eigentümerin des Stromversorgungsnetzes (RAG) war. Dies widersprach der Position der EDF, die ihre Buchhaltungspraxis in den Jahren 1987 bis 1996 änderte und RAG in der Bilanz unter „Vermögenswerte im Rahmen von Konzessionen“ aufführte, um die Ausnahmebestimmungen in Anspruch zu nehmen, die für Vermögenswerte gelten, die an den Konzessionsgeber zurückzuführen sind.

Wenn EDF seit 1956 Eigentümerin des RAG war, hätten diese Vermögenswerte 1987 nicht umgebucht werden dürfen. Außerdem hätte EDF nicht, wie dies geschehen ist, neben den üblichen Abschreibungsrückstellungen zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 56,866 Mio. FRF schaffen können.

Dadurch, dass in Abweichung von der vorangehenden Buchhaltungspraxis in den Jahren 1987 bis 1996 regelwidrige Rückstellungen geschaffen wurden, verringerte sich das steuerbare Jahreseinkommen der EDF während des besagten Zeitraums um denselben Betrag und führte zu einem nicht gerechtfertigten finanziellen Vorteil, dessen Kapitalwert den Steuervergünstigungen entspricht, die im gleichen Zeitraum in Anspruch genommen wurden.

Neben der Steuervergünstigung profitierte EDF während desselben Zeitraums auch von einer unzulässigen Reduzierung der Vergütung, die sie dem Staat für dessen Beteiligung am Kapital

hätte entrichten müssen, wenn höhere Erträge erzielt worden wären.

Die französische Steuerverwaltung duldete eine Buchhaltungspraxis, die EDF einen substanziellen finanziellen Vorteil verschaffte. Daran änderte sich auch nichts, als der französische Rechnungshof bereits im Oktober 1994 zu dem Schluss kam, dass die Schaffung der Erneuerungsrückstellungen durch EDF regelwidrig war und nur mit dem Ziel vorgenommen wurde, die Steuerlast künstlich zu verringern.

Nachdem das französische Parlament Artikel 4 des Gesetzes 97-1026 verabschiedet hatte, nahm EDF eine Reihe von Umbuchungen und Neueinstufungen vor, die jedoch die in den Jahren 1987 bis 1996 gewährten Steuererleichterungen nur teilweise ausglich.

Die Kommission hat die französischen Behörden wiederholt darum gebeten, eine detaillierte Berechnung des gewährten Vorteils zu übermitteln. Trotz wiederholter Aufforderung haben die französischen Behörden nicht alle verlangten Auskünfte erteilt.

Die zur Prüfung anstehenden Beihilfemaßnahmen erfüllen offensichtlich nicht die Voraussetzungen für eine Freistellung vom Beihilfeverbot des Artikels 87 Absatz 1 EG-Vertrag.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

„La Commission souhaite informer la France qu'après avoir examiné les informations fournies par vos autorités dans le cas CP 89/2001 susmentionné, elle a décidé de proposer des mesures utiles conformément à l'article 88, paragraphe 1, du traité CE et d'ouvrir une procédure formelle d'examen conformément à l'article 88, paragraphe 3, du traité CE, concernant une série d'aides d'État en faveur d'EDF. La Commission souhaite également informer la France qu'elle a décidé de lui enjoindre de lui fournir toute information utile pour l'évaluation des aides dans le cadre de la procédure formelle d'examen.

I. PROCÉDURE

1. Par lettre du 10 juillet 2001, la Commission a invité les autorités françaises à lui fournir une première série d'informations concernant un certain nombre de mesures en faveur d'Électricité de France (EDF) qui pouvaient contenir des éléments d'aide d'État.
2. Par lettre du 19 juillet 2001, les autorités françaises ont demandé que le délai fixé pour fournir les informations soit reporté au 15 septembre 2001. La Commission a accepté la demande de la France par lettre du 27 juillet 2001.
3. N'ayant pas reçu de réponse, la Commission, par lettre du 10 octobre 2001, a adressé un rappel aux autorités françaises.
4. Les autorités françaises ont répondu à la demande de renseignements de la Commission par lettre du 12 octobre 2001.
5. Par lettre du 27 novembre 2001, la Commission a demandé aux autorités françaises de lui soumettre les informations qui manquaient dans leur réponse précédente, ainsi que certains éclaircissements sur les informations fournies.
6. Par lettre du 14 décembre 2001, les autorités françaises ont demandé que le délai fixé pour fournir ces renseignements complémentaires et ces éclaircissements soit reporté au 26 janvier 2002, en raison des difficultés qu'elles éprouvaient à réunir ces informations et à cause de la période des congés. La Commission a accédé à la demande française par lettre du 11 janvier 2002.
7. N'ayant toujours pas reçu de réponse, les services de la Commission, par lettre du 5 février 2002, ont rappelé aux autorités françaises leur engagement de répondre à la demande de la Commission pour le 26 janvier 2002 et les ont averties que, à défaut de réponse, ils seraient contraints de proposer à la Commission d'adopter les mesures prévues dans un tel cas par le règlement (CE) n° 659/1999 du Conseil portant modalités d'application de l'article 88 du traité CE.
8. Par lettre du 21 février 2002, les autorités françaises ont présenté une réponse partielle à la demande d'éclaircissements de la Commission.
9. Par lettre du 9 avril 2002, les autorités françaises ont soumis un certain nombre d'informations complémentaires.

10. Par lettre du 6 mai 2002, la Commission a réitéré sa demande concernant les informations toujours manquantes et a demandé des éclaircissements sur les dernières informations soumises.
11. Par lettre du 23 mai 2002, les autorités françaises ont demandé à la Commission de proroger d'un mois le délai de vingt jours fixé pour répondre à la demande susmentionnée.
12. Par lettre du 18 juin 2002, la Commission a informé les autorités françaises qu'elle ne pouvait proroger le délai susmentionné. Elle a attiré l'attention des autorités françaises sur le fait que l'essentiel des informations et des clarifications demandées l'avaient déjà été depuis longtemps dans sa lettre du 27 novembre 2001 et que plusieurs rappels leur avaient ensuite été adressés. La Commission a enfin averti les autorités françaises que, à défaut de réponse, elle serait contrainte d'adopter les mesures prévues dans un tel cas par le règlement de procédure (CE) n° 659/1999.
13. Par lettre du 28 juin 2002, les autorités françaises ont transmis certains renseignements complémentaires et sollicité une rencontre avec les services de la Commission. Une réunion a donc eu lieu le 3 septembre 2002.

II. ÉLECTRICITÉ DE FRANCE (EDF)

14. EDF est une entreprise entièrement détenue par l'État et créée par la loi française 46-628 du 8 avril 1946 qui a nationalisé le secteur de l'électricité en France. EDF a été créée avec le statut d'«établissement public à caractère industriel et commercial» (EPIC). Le premier ministre français nomme le président d'EDF. La politique d'EDF est déterminée en étroite coopération avec le ministère français de l'énergie.
15. À la suite de la mise en œuvre par la France de la directive 96/92/CE du Conseil concernant des règles communes pour le marché intérieur de l'électricité⁽¹⁾, EDF qui, formellement, était verticalement intégrée, a dû scinder les comptes de ses activités entre trois entités séparées assurant, respectivement, la production, le transport et la distribution de l'électricité.
16. En 2000, EDF assurait 95 % de la production d'électricité en France. Elle est propriétaire du réseau d'alimentation générale (RAG) — haute et très haute tension — et gère 95 % du réseau de distribution français sur la base de concessions données par les municipalités. Malgré la libéralisation du marché réalisée par la directive du Conseil susmentionnée, EDF continue de détenir une position dominante sur le marché français de la fourniture d'électricité. En 2000, 95 % des clients éligibles au sens de la directive (qui représentent 30 % de l'ensemble du marché) avaient décidé de rester fidèles à EDF. Il convient de noter que la gestion du RAG a été confiée à une nouvelle entité, le gestionnaire du réseau de transport d'électricité. Néanmoins, ledit gestionnaire continue à faire partie intégrante de l'entreprise EDF. La séparation des comptes au sein d'EDF est toutefois imposée pour les trois activités: production, transport et distribution.

⁽¹⁾ JO L 27 du 30.1.1997.

17. En 2001, EDF comptait 51 millions de clients en Europe, dont 31,9 millions en France. Le produit de ses ventes dépassait 40,7 milliards d'euros (dont 35 % hors de France, avec un objectif de 50 % en 2005), pour une production d'électricité approchant 470 000 millions de kWh. Son revenu net était de 841 millions d'euros (en baisse par rapport à 1999 et 2000, années où il atteignait environ 1,2 milliard d'euros). En 2000, EDF enregistrait des flux nets de trésorerie de 6,8 milliards d'euros et employait 117 249 personnes en France et 40 000 à l'étranger. Son endettement net s'élevait à 17 560 millions d'euros.
18. Le groupe EDF a élargi le champ de ses activités commerciales essentielles. En 1993, EDF a créé EDF International SA. Cette société achète et détient les investissements d'EDF à l'étranger, soit directement soit en participant à des consortiums d'investissement. Grâce à ses investissements à l'étranger, EDF est maintenant l'un des premiers groupes énergétiques au monde. Selon des informations qu'elle a publiées, EDF a déjà investi près de 11 milliards d'euros dans quelque 22 pays en Europe, en Amérique latine, en Afrique et en Asie⁽²⁾. EDF est également active sur les marchés de la fourniture de services liés à l'énergie. Afin de soutenir ses activités essentielles, le groupe a décidé de créer EDF Trading, une société spécialisée dans le négoce d'électricité et d'autres énergies, en partenariat avec le groupe Louis Dreyfus. Dans le cadre de sa politique de diversification, EDF a également créé, avec Vivendi Environnement, une entreprise commune, Dalkia, qui fournit des services liés à l'énergie. Elle est maintenant le premier fournisseur de services liés à l'énergie en Europe.

III. AIDES D'ÉTAT ÉVALUÉES

a) Garantie générale accordée à EDF en tant qu'emprunteur

19. EDF a été créée par la loi 46-628 du 8 avril 1946 en tant qu'«Établissement public à caractère industriel et commercial» (EPIC). En France, les procédures d'insolvabilité et de faillite ne sont pas applicables aux personnes morales de droit public et donc notamment aux EPIC. Selon les autorités françaises, cette exclusion n'a pas été incorporée dans les statuts des EPIC par un acte spécifique, mais résulte d'un principe général de droit français qui vise à faire prévaloir sur les intérêts individuels la continuité du service public assuré par l'EPIC.
20. Toutefois, bien que les actifs des EPIC ne puissent pas être saisis selon les procédures normales, il existe une procédure spéciale qui permet à leurs créanciers de faire valoir leurs droits à leur encontre. Selon les autorités françaises, en vertu de la loi du 16 juillet 1980 relative aux «Astreintes prononcées en matière administrative et à l'exécution des jugements par les personnes morales de droit public», l'autorité administrative compétente est tenue d'ordonner le paiement de toute somme que l'État ou un EPIC n'a pas payée, chaque fois qu'une déci-

sion juridictionnelle passée en force de chose jugée les a condamnés à payer.

21. En particulier, l'article 1^{er}, section II, de la loi susmentionnée dispose ce qui suit: «II. Lorsqu'une décision juridictionnelle passée en force de chose jugée a condamné une collectivité locale ou un établissement public au paiement d'une somme d'argent dont le montant est fixé par la décision elle-même, cette somme doit être mandatée ou ordonnancée dans un délai de deux mois à compter de la notification de la décision de justice. À défaut de mandatement ou d'ordonnancement dans ce délai, l'autorité de tutelle procède au mandatement d'office.

En cas d'insuffisance de crédits, le représentant de l'État dans le département ou l'autorité de tutelle adresse à la collectivité ou à l'établissement une mise en demeure de créer les ressources nécessaires; si l'organe délibérant de la collectivité ou de l'établissement n'a pas dégagé ou créé ces ressources, le représentant de l'État dans le département ou l'autorité de tutelle y pourvoit et procède au mandatement d'office».

22. Il y a lieu de noter que, selon le second alinéa de la disposition susmentionnée, l'État semble tenu de payer à la place de l'EPIC défaillant en sa qualité de garant en dernier ressort des dettes de celui-ci.

b) Garanties accordées à EDF pour certains emprunts déterminés

23. Selon les autorités françaises, l'État français a cessé de garantir les emprunts d'EDF en francs français (FRF) et en devises, respectivement en 1972 et en 1990. Les derniers emprunts émis par EDF avec la garantie explicite de l'État et non encore remboursés étaient les emprunts obligataires émis sur le marché en 1966, 1982, 1984 et 1989. Chacune de ces émissions était soumise à des règles spécifiques de remboursement et la portion non amortie des emprunts a donc diminué progressivement au fil du temps. Selon les informations fournies, en 1995, la portion non amortie des emprunts garantis était de 15 017 millions de FRF sur un total d'emprunts d'EDF de 142 870 millions de FRF (10,51 %). Fin 2001, cette portion non amortie s'élevait à 47 millions de FRF sur un montant total d'emprunts de 98 242 millions de FRF (0,05 %). EDF n'a payé aucune prime à l'État pour les garanties qui lui ont été accordées pour ces emprunts.

c) Provisions comptables en franchise d'impôt pour le renouvellement du réseau d'alimentation générale (RAG)

24. Par la loi 46-628 du 8 avril 1946, la France a nationalisé la production, le transport, la distribution ainsi que l'importation et l'exportation d'électricité. La gestion de ces opérations a été confiée à Électricité de France (EDF), la nouvelle entreprise d'État créée à cet effet.
25. Le premier cahier des charges fixant les conditions de l'exercice des activités susmentionnées a été adopté par le décret 56-1225 du 28 novembre 1956. En vertu des articles 29 et 31 de celui-ci, l'État a accordé à EDF une concession dont la durée est en principe de 75 ans pour la gestion du réseau d'alimentation générale (RAG). Ce cahier de charges ne définissait toutefois pas le système de rétrocession de la concession à l'État.

⁽²⁾ La ventilation géographique des investissements de production se présente comme suit: 74 % en Europe, 12 % en Asie, 8 % en Amérique du sud, 2 % en Afrique et 4 % dans le Maghreb/Moyen-Orient. Dans le secteur de la distribution, la ventilation est la suivante: 44 % en Europe, 49 % en Amérique latine, 4 % en Afrique et 3 % dans le Maghreb/Moyen-Orient.

26. Par l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 novembre 1997, reproduit ci-dessous, le gouvernement français a clarifié le régime de propriété et les biens mis en concession:

«I. Les ouvrages du réseau d'alimentation générale en énergie électrique sont réputés constituer la propriété d'Électricité de France depuis que la concession de ce réseau lui a été accordée.

II. Pour l'application des dispositions de la section I, au 1^{er} janvier 1997, la contre-valeur des biens mis en concession du réseau d'alimentation générale figurant au passif du bilan d'Électricité de France est inscrite, nette des écarts de réévaluation correspondants, au poste de "dotation en capital".

III. À compter du 1^{er} janvier 1997, tout ouvrage du réseau d'alimentation générale en énergie électrique amené à être reclassé pour relever ensuite du régime de la distribution publique sera remis gratuitement par Électricité de France à l'autorité concédante concernée.»

27. À la suite de l'adoption par le Parlement français de l'article 4 susmentionné, EDF a procédé à une série d'ajustements comptables et de reclassements afin que son bilan reflète, à compter du début de l'exercice 1997, le régime de propriété clarifié par l'acte législatif susmentionné.

28. En particulier, les ajustements et les reclassements comptables ont été les suivants:

a) les biens RAG ont été comptabilisés, pour 90 325 millions de FRF, comme «Biens propres» et non plus comme «Biens mis en concession»;

b) les provisions pour renouvellement s'élevant à 38 521 millions de FRF ont été comptabilisées en tant que bénéfice non distribué sans transiter par le compte de profits et pertes (points 29 à 32). Les provisions reclassées ont alors été affectées pour 20 225 millions de FRF au report à nouveau de pertes, qui s'est ainsi trouvé apuré, le solde de 18 296 millions de FRF étant affecté au poste «Réserves»;

c) au passif, les 18 345 millions de FRF représentant les provisions complémentaires pour renouvellement utilisées ont été affectés aux dotations en capital (14 119 millions de FRF, le solde étant inscrit à divers comptes de réévaluation) sans transiter par le compte de profits et pertes.

Les écritures comptables visées aux points a) et c) étaient expressément autorisées par les sections I et II, respectivement, de l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 novembre 1997. D'après les autorités françaises, l'écriture comptable visée au point b) figurait dans le projet original de cet article, mais étant jugée inutile, elle n'a pas été reprise dans le projet final approuvé par le Conseil national de la comptabilité.

29. Les provisions complémentaires pour renouvellement visées ci-dessus ont été créées par EDF en 1987. Jusqu'à l'exercice 1986, EDF avait inscrit le RAG dans son bilan en tant que «Biens propres» et lui avait appliqué les règles

comptables normales. À cette époque, en vertu de celles-ci, les entreprises françaises étaient autorisées à amortir leurs biens propres et à inscrire au compte de profits et pertes uniquement les provisions d'amortissement calculées sur la base du coût historique ou du prix de revient. EDF a appliqué ce traitement comptable aux biens affectés au RAG jusqu'en 1986.

30. Toutefois, en 1987, EDF a modifié sa pratique comptable. Au motif que le RAG lui avait été confié en 1956 par un contrat de concession, EDF a reclassé les biens affectés au RAG au poste de bilan «Biens mis en concession». En même temps, EDF a appliqué à ces biens RAG les règles comptables spéciales établies en France pour les biens mis en concession publique qui doivent être retournés à l'État à la fin de la concession. En particulier, EDF a commencé à inscrire à son compte de profits et pertes les provisions complémentaires pour renouvellement du RAG en plus des provisions normales pour amortissement.

31. Pour les biens qui doivent être retournés au concédant à la fin de la concession, les règles comptables françaises autorisaient l'inscription de provisions pour renouvellement complémentaires en plus de l'amortissement normal. La valeur des provisions complémentaires était égale à la différence entre le coût de remplacement estimé des biens, qui est ajusté chaque année, et leur coût historique. Comme les provisions normales pour amortissement, les provisions complémentaires pour renouvellement diminuent elles aussi le revenu imposable de l'entreprise.

32. Profitant du reclassement du RAG en 1987 et des règles comptables dérogatoires susmentionnées, EDF a créé pour 56 866 millions de FRF de provisions pour renouvellement en franchise d'impôt sur la période 1987-1996. De ce montant, 18 345 millions de FRF seulement ont été utilisés mais sans passer par le compte de profits et pertes, raison pour laquelle elles ont conservé leur statut de provisions exonérées. Les autorités fiscales françaises ont autorisé cette pratique.

33. Dans des rapports non publics sur les comptes d'EDF adoptés le 10 octobre 1994 (Réf. 1993 — 682 — OC et 1993 — 304 — OC), la Cour des comptes française a durement critiqué le caractère irrégulier de la création par EDF des provisions complémentaires pour renouvellement. Elle estimait que la concession n'ayant pas de date d'expiration, EDF n'était pas autorisée à créer des provisions complémentaires pour renouvellement. Elle dénonçait également le caractère irrégulier de l'allègement fiscal dont bénéficiait EDF à la suite de la création irrégulière de provisions pour renouvellement pour le RAG.

IV. APPRÉCIATION

A. Avantage pour EDF

34. Par les mesures décrites aux points a), b) et c) de la section III, l'État français a conféré à EDF un avantage sur ses concurrents tant en France que dans les autres États membres.

a) *Garantie générale accordée à EDF en tant qu'emprunteur*

35. Selon le point 2.1.3 de la communication de la Commission sur l'application des articles 87 et 88 du traité aux aides d'État sous forme de garanties ⁽³⁾: «La Commission estime que constituent également une aide sous forme de garantie les conditions de crédit plus favorables obtenues par les entreprises dont le statut légal exclut la possibilité d'une procédure de faillite ou d'insolvabilité ou prévoit explicitement une garantie de l'État ou une couverture des pertes par l'État. La même remarque vaut pour l'acquisition par l'État d'une participation dans une entreprise lorsqu'elle s'accompagne d'une responsabilité illimitée au lieu de la responsabilité limitée normale.»
36. Entre autres effets, l'octroi par les autorités françaises du statut d'EPIC à EDF emporte l'octroi d'une garantie couvrant tous les engagements de cette entreprise. En accordant ce statut, l'État rend inapplicables à EDF les dispositions normales régissant l'insolvabilité et la faillite en droit commercial français ordinaire et annule par conséquent le risque de défaillance sur tous ses engagements, y compris les emprunts. En l'absence de la garantie que comporte le statut d'EPIC, la notation d'EDF baisserait fortement à la suite de la perte de la couverture de l'État et le coût de ses emprunts augmenterait pour refléter la véritable solidité financière intrinsèque de la société.
37. Les autorités françaises ont affirmé que, malgré ce qui précède, les créanciers peuvent faire valoir leur droits à l'encontre d'EDF en utilisant la procédure spéciale de recouvrement de créances sur les institutions publiques prévue à l'article 1^{er}, section II, de la loi du 16 juillet 1980 (points 20 et 21). Toutefois, cette procédure en vertu de laquelle l'autorité administrative compétente est tenue d'ordonner le paiement d'un montant dû revêt un caractère exceptionnel et ne peut être appliquée que si EDF a fait l'objet d'une condamnation définitive.
38. En outre, en vertu du second alinéa de cet article, l'État doit non seulement ordonner le paiement, mais aussi intervenir en tant que garant d'EDF en dernier ressort. En particulier, l'État serait tenu de payer à la place d'EDF si, après avoir fait l'objet d'une condamnation définitive et après l'ordonnement du paiement, EDF n'était pas en mesure d'effectuer ledit paiement.

b) *Garanties accordées à EDF pour certains emprunts déterminés*

39. Conformément au point 2.1.2 de la communication de la Commission susmentionnée relative aux aides d'État sous forme de garanties: «Une garantie de l'État présente l'avantage de faire supporter par l'État le risque associé à la garantie. Cette prise de risque devrait normalement être rémunérée par une prime appropriée. Lorsque l'État y renonce, il y a à la fois avantage pour l'entreprise et ponction sur les ressources publiques. Par conséquent, même si l'État n'est pas amené à faire des paiements au titre de la garantie accordée, il y a aide au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité. L'aide est accordée au moment où la garantie est offerte, et non au moment où elle est

mobilisée ou à celui où elle entraîne des paiements. C'est donc au moment où la garantie est donnée qu'il y a lieu de déterminer si elle constitue ou non une aide d'État et, dans l'affirmative, de calculer le montant de cette aide.»

40. Dans le cas examiné, l'État français a accordé à EDF des garanties explicites pour une série d'émissions d'emprunts obligataires sans demander aucune rémunération pour cette prise de risque. L'avantage financier que présentent ces garanties de l'État pour EDF serait donc égal à la prime qu'une institution financière commerciale aurait facturée à EDF pour obtenir ces garanties sur les emprunts au moment de leur émission.
41. Il convient toutefois de noter que, selon le point 5.3 de ladite communication, la Commission n'acceptera les garanties, même si elles donnent lieu au paiement d'une prime calculée au prix du marché, que si leur mobilisation est subordonnée contractuellement à des conditions spécifiques pouvant aller jusqu'à la déclaration obligatoire de la faillite de l'entreprise bénéficiaire ou une procédure analogue. Comme indiqué dans la section précédente, la mise hors jeu de la loi sur l'insolvabilité et la faillite dont a bénéficié EDF grâce à son statut d'EPIC amènerait la Commission à considérer que les garanties en question constituent une aide même si EDF avait payé en contrepartie de celle-ci une prime.

c) *Provisions comptables en franchise d'impôt pour le renouvellement du réseau d'alimentation générale (RAG)*

42. Par l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 novembre 1997, le gouvernement français a indiqué clairement qu'EDF est propriétaire du RAG depuis 1956. Cela contredisait la position d'EDF, qui avait modifié sa pratique comptable pendant la période 1987-1996 en faisant passer les biens RAG au poste du bilan «Biens mis en concession» pour pouvoir constituer des provisions pour renouvellement en franchise d'impôt.
43. Les informations soumises par les autorités françaises corroborent la conclusion selon laquelle EDF peut être considérée comme propriétaire du RAG depuis le début, c'est-à-dire depuis le premier cahier des charges de 1956. Cette conclusion est fondée sur l'appréciation des éléments suivants: les caractéristiques des différents types de contrats de concession en droit français, les caractéristiques particulières de la concession originale à EDF qui ne comportait pas de clause précise de rétrocession, la procédure d'acquisition des actifs concernés pour lesquels EDF a dû acquitter un droit similaire à une indemnité d'expropriation, et les conditions de financement de l'entretien et du développement ultérieurs du RAG aux frais d'EDF.
44. Par conséquent, la requalification par EDF en janvier 1997 des ouvrages du RAG qui passent du poste du bilan «Biens mis en concession» au poste «Biens propres», après l'adoption par le Parlement français de l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 novembre 1997, ne peut être considérée comme contenant des éléments d'aide d'État.

⁽³⁾ JO C 71 du 11.3.2000.

45. Toutefois, si EDF était propriétaire du RAG depuis 1956, elle n'aurait pas dû requalifier ces biens en 1987 dans son bilan en les faisant passer du poste «Biens propres» au poste «Biens mis en concession». De même, selon les règles nationales, EDF n'aurait pas dû être autorisée à créer, comme elle l'a fait, des provisions complémentaires totalisant 56 866 millions de FRF pour le remplacement du RAG. En s'écartant de sa pratique comptable antérieure et en créant ces provisions de manière irrégulière au cours de la période 1987-1996, EDF a réduit son revenu imposable annuel du même montant sur ladite période et s'est assuré un avantage financier indu équivalent à la valeur capitalisée de l'allégement fiscal dont elle a bénéficié chacune de ces années.

46. Au cours de la période 1987-1996, EDF a adopté une pratique comptable que l'administration fiscale française a tolérée et qui a permis à EDF de bénéficier d'un allègement fiscal substantiel indu. Cette situation s'est perpétuée même après les rapports de la Cour des comptes française qui, dès octobre 1994, concluait que la création des provisions pour renouvellement par EDF était irrégulière et visait uniquement à réduire artificiellement sa charge fiscale.

47. En plus de cet avantage fiscal, à la suite de la création irrégulière des provisions complémentaires, EDF a bénéficié également au cours de la même période d'une réduction indu de la rémunération qu'elle aurait dû payer pour la participation de l'État dans son capital.

Sur la période considérée, cette rémunération comprenait deux éléments: une rémunération des dotations en capital à un taux d'intérêt fixé annuellement et une rémunération complémentaire variable fixée en pourcentage des résultats d'EDF. La réduction des résultats d'EDF résultant de l'inscription indu à son compte de profits et pertes des provisions complémentaires a également entraîné une réduction indu de la rémunération due à l'État.

48. Pour annuler le double avantage indu susmentionné, les ajustements et reclassements comptables effectués par EDF à la suite de la clarification de son statut de propriétaire du RAG par l'article 4 de la loi 97-1026 auraient dû faire augmenter l'impôt sur les sociétés dû par EDF en 1997 d'un montant équivalent à la valeur capitalisée de l'avantage dont elle avait joui au cours de la période 1987-1996 pendant laquelle les provisions complémentaires pour renouvellement ont été créées irrégulièrement.

49. Or, les ajustements et les reclassements comptables effectués en 1997 n'annulent que partiellement l'avantage indu dont EDF a joui au cours de la période 1987-1996.

50. Lorsqu'on examine cette question, il y a lieu d'établir une distinction entre les provisions déjà utilisées et les provisions non utilisées, qui s'élevaient respectivement à 18 345 millions de FRF et à 38 521 millions fin 1997.

51. Sur le montant total des provisions utilisées, 14 119 millions de FRF ont été reclassés au poste du bilan «Dotations en capital», le solde de 4 226 millions de FRF étant inscrit à divers comptes de réévaluation. Étant donné que

la requalification n'a pas transité par le compte de profits et pertes et que les augmentations de capital ne sont pas considérées comme constituant une augmentation du patrimoine net de la société aux fins du calcul de l'impôt sur les sociétés, cette requalification a consolidé l'allègement fiscal dont bénéficiait EDF sur ces provisions.

Selon les autorités françaises, l'avantage dont EDF a bénéficié en termes d'allègement fiscal peut être estimé à 5 883 millions de FRF [14 119 × 41,67 % (*)].

52. Il convient toutefois de noter que cette estimation sous-estime l'avantage réel dont a bénéficié EDF étant donné qu'il a été calculé de manière approximative sur la base des valeurs comptables historiques. En outre, la réduction artificielle de la rémunération due à l'État n'a pas non plus été prise en considération. Pour calculer l'avantage réel, il faudrait capitaliser l'allègement fiscal et la réduction de la rémunération dont EDF a effectivement bénéficié chaque année au cours de la période 1987-1996 à la suite de la création irrégulière des provisions complémentaires.

53. Bien qu'elles y aient été invitées, jusqu'à présent, les autorités françaises n'ont pas fourni à la Commission de calcul détaillé de la véritable valeur de ces avantages.

54. Pour leur part, en ce qui concerne les provisions complémentaires non encore utilisées, les autorités françaises ont affirmé que les ajustements et reclassements comptables effectués par EDF en 1997 ont annulé l'avantage fiscal qu'EDF s'était assuré de manière irrégulière en créant les provisions mentionnées plus haut. Sur un total de 38 521 millions de FRF, 20 225 millions de provisions pour renouvellement non utilisés sont venus apurer le report à nouveau déficitaire, le reste, soit 18 296 millions, étant mis en réserve.

Selon les autorités françaises, bien qu'elles n'aient transité par le compte de profits et pertes d'EDF, les écritures comptables correspondantes ont eu pour effet de faire augmenter la valeur nette de la société, sur la base de laquelle EDF a payé un impôt sur les sociétés plus élevé.

55. Toutefois, pour pouvoir apprécier si cette augmentation de l'impôt sur les sociétés de 1997 a annulé l'avantage obtenu par EDF par le biais de la création irrégulière des provisions complémentaires en question, il est indispensable de disposer d'un relevé détaillé des allègements fiscaux dont EDF a bénéficié sur la période 1987-1996, ainsi que de l'augmentation produite par lesdites écritures comptables au niveau de l'impôt sur les sociétés effectivement payé par EDF en 1997. Le calcul devrait prendre en considération les valeurs actualisées et donc capitaliser l'allègement fiscal dont EDF a effectivement bénéficié au cours de la période 1987-1996 de manière à obtenir la valeur réelle en 1997 au moment où l'augmentation alléguée de l'impôt sur les sociétés s'est produite. En outre, le calcul de l'avantage réel d'EDF devrait également prendre en considération la rémunération que l'État a perdue du fait des moins bons résultats enregistrés par EDF en raison de la création irrégulière des provisions complémentaires.

(*) Taux normal de l'impôt sur les sociétés (33,1/3 %) majoré des dotations additionnelles effectuées pour les exercices financiers clôturés entre le 1^{er} janvier 1997 et le 1^{er} janvier 1999.

56. Toutefois, malgré les demandes réitérées de la Commission, les autorités françaises n'ont pas soumis le relevé susmentionné qui aurait permis à la Commission d'établir dans quelle mesure l'avantage dont EDF a indûment bénéficié avait été annulé par l'augmentation de l'impôt sur les sociétés que l'entreprise a payé en 1997. La Commission considère par conséquent que les provisions pour renouvellement représentent un élément d'aide important.
57. Dans leurs deux dernières lettres, les autorités françaises ont fait valoir que les écritures comptables enregistrées par EDF à la fin de 1997, après l'adoption par le Parlement français de l'article 4 de la loi 97-1026 clarifiant le régime de propriété des biens RAG, avaient placé EDF dans une situation fiscale moins favorable que celle qui aurait résulté de l'application des règles de droit commun telles que modifiées après l'adoption de l'article 5 de la loi de finances pour 1998.

D'après les autorités françaises, l'article 5 de cette dernière loi aurait étendu le bénéfice de provisions en franchise d'impôt à toute société qui, en France, est tenue de renouveler des actifs, que ses opérations présentent un caractère de service public ou soient de nature commerciale classique, et qu'il existe ou non un contrat de concession.

Les autorités françaises affirment notamment que, en vertu de l'article 5 de la loi de finances pour 1998, EDF aurait été autorisée à maintenir à son bilan la *totalité* ou, tout au moins, *une partie* des 38 521 millions de FRF de provisions pour renouvellement non utilisées et afférentes au RAG. De leur point de vue, le fait de soumettre ces provisions à l'impôt sur les sociétés en application des écritures comptables enregistrées à la fin de 1997 aurait plus que compensé l'avantage potentiel consolidé concernant les 18 296 millions de FRF de provisions utilisées. Au total, elles concluent qu'EDF n'a bénéficié d'aucun avantage.

58. En ce qui concerne cette dernière allégation des autorités françaises, il convient de noter tout d'abord que l'article 5 de la *loi de finances* pour 1998 est entré en vigueur après l'octroi de l'aide examinée en l'espèce. Il ne saurait être question de régulariser des aides d'État *a posteriori* en procédant à une application rétroactive de modifications législatives. En outre, on ne saurait exclure que le régime de provisions en franchise d'impôt, tel que modifié par l'article 5 de la loi de finances pour 1998, soit une mesure sélective qui constitue, en tout état de cause, une aide au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité.
59. Quoi qu'il en soit, contrairement à l'avis des autorités françaises, la Commission constate qu'EDF ne relevait pas du champ d'application de l'article 5 de la loi de finances pour 1998. Les rapports d'information de l'Assemblée nationale comme du Sénat confirment qu'EDF ne pouvait bénéficier des dispositions de cet article.
60. Le rapport de l'Assemblée nationale précise que: «Le présent article fixe la base légale de calcul des provisions pour renouvellement d'équipements, que constituent les entreprises concessionnaires ou locataires soumises à une obligation de restitution des biens exploités en fin de contrat». Comme expliqué précédemment, l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 octobre 1997 a précisé qu'EDF était

propriétaire du RAG depuis 1956 et que, par conséquent, elle ne devait pas le rétrocéder à l'État. C'est pourquoi EDF n'était pas autorisée à créer de nouvelles provisions en application de l'article 5 de la loi de finances pour 1998.

61. Par ailleurs, le rapport du Sénat confirme qu'EDF ne pouvait bénéficier des dispositions de cet article. Il explique notamment:

«C'est notamment le reproche que la Cour des comptes a adressé à Électricité de France dans son rapport particulier du 10 octobre 1994 sur les concessions d'EDF. Elle écrit ainsi:

“L'absence de réelle date d'expiration des concessions permet au concessionnaire de ne jamais remettre les immobilisations du domaine concédé au concédant, et, par la suite, de ne jamais supporter réellement cette charge spécifique attachée à la nature même du contrat de concession. Cette charge a pourtant été déduite du résultat, et figure, au passif du bilan pour le montant total de la provision pour renouvellement.”

Elle ajoute:

“Abstraction faite du cas théorique où le mécanisme de dotations aux provisions pour renouvellement n'aurait plus de raison d'être au motif que les valeurs de remplacement des immobilisations renouvelables correspondraient à leur prix d'achat, les provisions figurant au passif du bilan ne pourront jamais être apurées. Au contraire, elles continueront d'augmenter en raison même du mécanisme de dotation retenu.”

EDF a ainsi pu déduire de ses résultats plus de 32 milliards de FRF de dotation aux provisions pour renouvellement au titre de la période 1987-1992, alors que, au cours de la même période, seulement 4,4 milliards de FRF ont été utilisés pour assurer le renouvellement du réseau d'alimentation générale.

La récente loi portant mesures urgentes à caractère fiscal et financier a résolu le problème des provisions pour renouvellement effectuées au titre du réseau d'alimentation générale d'EDF en faisant de l'entreprise le propriétaire de ce réseau. Elle n'est donc plus habilitée à constituer des provisions pour renouvellement sur les ouvrages de ce réseau. Le montant constitué jusqu'alors est venu accroître les capitaux propres de l'établissement.»

62. En résumé, à ce stade de l'examen, la Commission doit par conséquent conclure que, à la suite de la création irrégulière de 56 866 millions de FRF de provisions complémentaires pour renouvellement du réseau d'alimentation générale (RAG) sur la période 1987-1996, EDF a bénéficié d'un avantage consistant dans la mesure dans laquelle la somme de la valeur capitalisée de l'allégement fiscal obtenu au cours de la même période et de la valeur de la rémunération à laquelle l'État a renoncé n'a pas été annulée par l'augmentation de l'impôt sur les sociétés résultant des enregistrements comptables d'EDF en 1997, à la suite de l'adoption par le Parlement français de l'article 4 de la loi 97-1026.

B. Distorsion de la concurrence au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité

63. En dépit du fait qu'EDF exerçait en France des activités sur une série de marchés soumis à des droits de monopole avant l'entrée en vigueur de la directive 96/92/CE du Conseil libéralisant le secteur de l'électricité, la Commission considère que les mesures d'aides en cause en faveur d'EDF ont faussé ou menacé de fausser la concurrence et le commerce aux termes de l'article 87, paragraphe 1, du traité. Cela résulte en particulier du fait que, malgré les droits exclusifs dont jouissait EDF dans l'exercice de certaines activités en France, il existait néanmoins un certain degré de commerce entre États membres sur ces marchés. De surcroît, une libre concurrence existait sur les marchés connexes sur lesquels EDF avait déjà diversifié (que se soit d'un point de vue géographique ou sectoriel) ses activités au-delà de l'étendue de ses droits exclusifs. Ces effets étaient déjà présents bien avant la libéralisation provoquée par la directive susmentionnée.

64. Depuis sa création en 1946 et jusqu'à l'entrée en vigueur de la directive du Conseil 96/92/CE libéralisant le secteur de l'électricité, EDF a joui sur le marché français d'une situation de monopole consistant en droits d'exclusivité pour le transport, la distribution ainsi que l'importation et l'exportation d'électricité. Toutefois, EDF était déjà en concurrence avec les producteurs d'électricité des autres États membres avant l'entrée en vigueur de la directive susmentionnée sur la libéralisation. Au cours de la période pendant laquelle les aides ont été mises en œuvre, l'électricité faisait l'objet d'échanges importants et croissants entre les États membres et EDF y participait activement. Ces échanges, renforcés par l'adoption de la directive 90/547/CE relative au transit d'électricité sur les grands réseaux, s'effectuaient sur la base d'accords commerciaux entre les différents opérateurs des réseaux d'électricité de haute tension dans les États membres. Dans les pays européens de l'OCDE, les importations d'électricité ont augmenté à un taux annuel moyen de plus de 7 % entre 1980 et 1990. Sur la période 1981 à 1989, EDF a multiplié l'excédent de sa balance commerciale d'électricité par 9, atteignant des exportations nettes de 42 TWh représentant 10 % de sa production totale. En 1996, EDF a exporté 61 TWh vers les autres États membres, contre 19 TWh en 1985. Les échanges d'électricité de haute tension entre les États membres représentent actuellement plus de 10 % de la consommation totale.

En 1997, EDF a enregistré un solde positif d'exportation-importation de commerce d'électricité de 65 TWh avec les pays européens, dont le Royaume-Uni, l'Italie, l'Allemagne, la Suisse, la Belgique, le Luxembourg, l'Espagne et Andorre. En 2001, les exportations d'électricité d'EDF ont augmenté à une valeur record de 83,9 TWh, contribuant pour 2 300 millions d'euros aux ventes annuelles.

65. En outre, avant l'entrée en vigueur de la directive sur la libéralisation en février 1999, certains États membres avaient déjà adopté unilatéralement des mesures visant à ouvrir anticipativement leur marché de l'électricité. En particulier, le Royaume-Uni a ouvert son marché à 100 % pour les gros clients industriels en 1990. La

Suède a ouvert son marché à 100 % en 1996, la Finlande a commencé à l'ouvrir en 1995 pour atteindre 100 % en 1997, l'Allemagne l'a ouvert à 100 % en 1998 et les Pays-Bas l'ont ouvert totalement pour les clients industriels en 1998. Dans ces conditions, dès ces dates antérieures à la date fixée par la directive, les aides d'État accordées à un monopoleur d'un État membre participant activement aux échanges intracommunautaires, comme c'est le cas d'EDF, faussent la concurrence sur le marché de la distribution au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité.

66. En outre, EDF participait et continue de participer à la concurrence tant en France qu'à l'étranger dans d'autres domaines que celui de son activité principale, à savoir la production et la distribution d'électricité en France.

EDF a diversifié ses activités sur les marchés entièrement libéralisés des services liés à l'énergie. Directement ou par l'intermédiaire de filiales comme SDS (synergie, développement et services), EDF offre des services sur plusieurs marchés voisins comme les conseils et l'ingénierie en énergie, la gestion des déchets, l'éclairage, les télécommunications, etc. Par ailleurs, depuis 1993, avec la création d'EDF International, EDF est active sur les marchés de l'électricité étrangers par les participations qu'elle détient dans des sociétés de production, de transport et de distribution.

En 1997, EDF était l'un des opérateurs internationaux *leaders* dans le secteur de l'électricité avec plus de 13 000 FRF d'investissements dans des installations de production et plus de 8 millions de clients à travers le monde ce qui équivalait à environ 11 % de la capacité de production déployée en France. À cette époque, en Europe, EDF générait et fournissait de l'électricité dans neuf pays et, dans certains cas, fournissait également du gaz et d'autres services.

En 1997, la société *holding* Chart, une filiale détenue intégralement par EDF, réunissait les activités d'EDF dans la production d'électricité et de sources d'électricité renouvelable telle que géothermal, vent et certaines usines hydro-électriques. Sa contribution au chiffre d'affaires consolidé était de 70 millions d'euros. Pour sa part, SDS, autre filiale intégralement détenue par EDF, a réuni les activités liées à la fourniture de services pour les particuliers, les entreprises et les autorités locales. SDS exerce son activité dans le traitement des déchets, éclairage de rue et autres services liés à l'énergie avec une contribution aux ventes équivalente à 685 millions d'euros en 1998 par rapport à 650 en 1997.

La tendance croissante des ventes à l'étranger d'EDF depuis le début des années quatre-vingt dix renforce la position de *leader* mondial d'EDF en qualité de groupe multiservice, *multi-energy*. Les activités d'EDF à l'étranger (participations étrangères, entreprises de services et exportations de la maison mère EDF) sont passées de 12 % de son chiffre d'affaires en 1998 à 18 % en 1999. Les ventes provenant de l'extérieur du marché français de l'électricité équivalaient à 34 % du total du groupe en 2001 avec une cible prévue de 50 % en 2005.

67. Enfin, en tant que producteur et distributeur d'électricité, EDF a été et est encore en concurrence avec des fournisseurs d'autres sources d'énergie de substitution comme le charbon, le pétrole et le gaz, tant sur son marché national que sur les marchés internationaux. En France, par exemple, EDF a lancé avec succès une campagne pour encourager l'utilisation d'électricité pour le chauffage. Elle a ainsi accru sa part de marché par rapport à ses concurrents qui fournissent des sources d'énergie de substitution comme le pétrole ou le gaz. Dans le secteur de l'acier, les fours électriques sont eux aussi en concurrence avec les fours à gaz et à pétrole.
68. Par conséquent, les aides examinées ont faussé ou ont menacé de fausser la concurrence et les échanges au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité.

C. Statut légal des aides d'État

a) Garantie générale accordée à EDF en tant qu'emprunteur

69. Selon les autorités françaises, le rôle de garant en dernier ressort joué par l'État vis-à-vis des établissements publics, bien que codifié par la loi de 1980, découle d'un principe général de droit français antérieur à l'institution des Communautés. Dès lors, il s'agit d'un élément d'aide existant au sens de l'article 88, paragraphe 1, du traité.

b) Garanties accordées à EDF pour certains emprunts déterminés

70. Les garanties couvrant les emprunts obligataires émis en 1966, 1982, 1984 et 1989 ont été accordées par le ministre des finances français dans le cadre des arrêtés autorisant lesdites émissions. Ces arrêtés font explicitement référence à la garantie inconditionnelle de l'État couvrant le service des emprunts en termes d'intérêts, d'amortissement, de primes potentielles, de commissions, de coûts et d'autres frais éventuels. Lesdits arrêtés ayant été adoptés il y a plus de dix ans, en vertu de l'article 15, paragraphe 3, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999, la renonciation à la prime sur les garanties correspondantes constitue un élément d'aide existant au sens de l'article 88, paragraphe 1, du traité.

Les autorités françaises ont fait valoir que l'aide avait été accordée et produit la totalité de ses effets lors de l'émission des emprunts obligataires avec la garantie de l'État. La Commission considère toutefois que ces mesures de garantie faisaient partie du financement général à long terme d'EDF et qu'elles continuent à produire leurs effets pendant toute la durée de vie des emprunts, jusqu'à leur remboursement. Dans ces conditions, la Commission considère, à ce stade, que l'élément d'aide permanent que constitue la renonciation à une prime annuelle pour la portion des prêts garantis non encore amortie peut faire l'objet d'une proposition de mesures utiles.

c) Provisions comptables en franchise d'impôt pour le renouvellement du réseau d'alimentation générale (RAG)

71. Les reclassements et les ajustements comptables qui ont consolidé une partie de l'avantage qu'EDF s'était assuré par la création irrégulière de provisions pour le renouvellement du réseau d'alimentation générale à haute tension ont été enregistrés en 1997, à la suite de l'adoption par le

Parlement français de l'article 4 de la loi 97-1026 du 10 novembre 1997. L'élément d'aide, consistant dans la valeur capitalisée de l'avantage non annulé par lesdits reclassements et ajustements, a donc été consolidé avec l'agrément des autorités françaises dans le courant du délai de prescription de dix ans prévu à l'article 15, paragraphe 3, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999 et en infraction avec l'article 88, paragraphe 3, du traité. Cet élément d'aide constitue donc une aide nouvelle.

D. Compatibilité potentielle en vertu de l'article 87, paragraphes 2 et 3, du traité

72. L'article 87, paragraphe 1, du traité, dispose que les aides correspondant aux critères qu'il définit sont en principe incompatibles avec le marché commun.
73. Les exceptions à cette incompatibilité prévues à l'article 87, paragraphe 2, du traité, ne sont pas applicables en l'espèce en raison de la nature de l'aide, qui n'est pas destinée à atteindre les objectifs énumérés dans ce paragraphe.
74. En ce qui concerne les exceptions prévues à l'article 87, paragraphe 3, points a) et c), pour les aides destinées à favoriser le développement économique de certaines régions, les aides concernées en l'espèce ne remplissent pas les conditions nécessaires pour avoir un tel effet, d'autant plus qu'elles ont été accordées sous la forme d'aides au fonctionnement, c'est-à-dire qu'elles n'étaient pas subordonnées à des investissements ou à la création d'emplois comme le prévoit les lignes directrices de la Communauté européenne concernant les aides d'État à finalité régionale ⁽⁵⁾.
75. En ce qui concerne les exceptions prévues à l'article 87, paragraphe 3, points b) et d), du traité, les aides concernées en l'espèce n'étaient pas destinées à promouvoir la réalisation d'un projet d'intérêt commun, ni à remédier à une perturbation grave de l'économie française, ni à promouvoir la culture et la conservation du patrimoine.
76. L'article 87, paragraphe 3, point c), du traité, prévoit également une exception pour les aides destinées à faciliter le développement de certaines activités quant elles n'altèrent pas les conditions des échanges dans une mesure contraire à l'intérêt commun. En l'espèce, à ce stade, les aides examinées ne semblent remplir les conditions d'autorisation d'aucun des encadrements des aides d'État à finalité régionale adoptés par la Commission. En outre, les autorités françaises n'ont pas invoqué cet argument.
77. Au contraire, les aides examinées étant des aides au fonctionnement, elles semblent avoir eu pour objet ou pour effet de renforcer la position concurrentielle d'EDF vis-à-vis de ses concurrents pendant la période qui a précédé l'entrée en vigueur de la directive sur la libéralisation du secteur de l'électricité.

E. Conclusion

78. Par conséquent, les aides à EDF examinées constituent des aides au sens de l'article 87, paragraphe 1, du traité et ne semblent pas, à ce stade, permettre de considérer que les conditions énoncées à l'article 87, paragraphes 2 et 3, du traité, sont remplies.

⁽⁵⁾ JO C 74 du 10.3.1998.

79. EDF est un fournisseur de services publics pour une partie de ses activités. Il convient de noter que bien que, jusqu'à présent, elles n'aient pas invoqué à cet égard l'application de l'article 86, paragraphe 2, du traité, les autorités françaises ont souligné le fait qu'EDF est tenue par des missions de service public. Les autorités n'ont cependant fourni aucune évaluation du coût occasionné à EDF par ces obligations. Il est donc impossible de vérifier la correspondance entre les différentes aides d'État dont cet opérateur bénéficie et les coûts des missions de service public qui lui sont imposées. Il semble, de toute façon, que les aides examinées en l'espèce, qui revêtent essentiellement la forme de dérogations exceptionnelles aux dispositions normalement applicables dans le domaine comptable et commercial, ont conféré à EDF un avantage opérationnel qui semble à ce stade dépasser les coûts de n'importe quel service public. EDF n'a pas reçu de dotations en capital depuis longtemps. Les aides examinées ont contribué de facto à financer l'expansion agressive d'EDF par l'acquisition de participations à l'étranger. Un tel usage de ces fonds semble sortir du cadre de ce que l'on peut considérer comme une mission de service public admissible.

V. DÉCISIONS

A. Proposition de mesures utiles

80. Les aides à EDF consistant en une garantie illimitée couvrant tous ses engagements en vertu de son statut d'EPIC et la renonciation à une prime sur les garanties couvrant les emprunts obligataires décrits dans la section IV points a) et b) constituent des aides existantes au sens de l'article 1^{er}, point b), du règlement de procédure (CE) n° 659/1999. Conformément à l'article 18 dudit règlement, si la Commission parvient à la conclusion qu'un régime d'aides existant n'est pas, ou n'est plus, compatible avec le marché commun, elle adresse à l'État membre concerné une recommandation proposant l'adoption de mesures utiles.
81. Par lettre du 22 mars 2002, la Commission a informé la France de son avis préliminaire sur l'incompatibilité de ces aides et lui a donné l'occasion de présenter ses observations dans un délai d'un mois conformément à l'article 17, paragraphe 2, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999.
82. Par conséquent, la Commission propose que la France élimine les éléments d'aide en question:
- i) en supprimant la garantie illimitée dont bénéficie EDF sur tous ses engagements en vertu de son statut d'EPIC, et
 - ii) en exigeant qu'EDF paie une prime au prix du marché en contrepartie de la garantie existante sur la portion des emprunts obligataires non encore amortie.
83. Ces deux mesures doivent être prises avec effet immédiat.

La France devra, conformément à l'article 19, paragraphe du règlement de procédure (CE) n° 659/1999, informer la Commission de son accord concernant cette proposition de mesures utiles dans un délai d'un mois de la réception de cette lettre. Autrement, la Commission appliquera la

procédure prévue à l'article 19, paragraphe 2, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999.

En ce qui concerne la garantie illimitée dont jouit EDF de par son statut d'EPIC, il est important de souligner que, dans sa proposition de mesures utiles, la Commission ne remet en aucune façon en cause le statut public du capital d'EDF, ni ne conteste le statut d'EPIC en tant que tel. La Commission s'interroge simplement sur l'effet lié à la mise en œuvre d'une des particularités du statut d'EPIC, à savoir la dérogation prévue aux procédures de redressement et de liquidation judiciaires et le rôle de l'État en qualité de garant en dernier ressort des dettes de la société, qui est applicable à une entreprise particulière telle que EDF qui exploite des activités économiques sur des marchés concurrentiels.

Aux termes de l'article 295 du traité, la Communauté est neutre en ce qui concerne le régime de la propriété dans les États membres et aucune disposition du traité ne fait obstacle à ce que l'État détienne (entièrement ou partiellement) des entreprises. Cela étant, les règles de concurrence doivent s'appliquer de la même manière aux entreprises privées comme aux entreprises publiques. Aucun de ces deux types d'entreprises ne saurait être avantagé ou désavantagé par l'application de ses règles. Dans le cas présent, la garantie ne résulte pas de la propriété mais du statut juridique de l'entreprise. Comme cela est expliqué au point 2.1.3 de la communication de la Commission sur les aides octroyées sous forme de garanties (JO C 71 du 11.3.2000, p. 14), si la forme juridique d'une entreprise est associée à des avantages entraînant une distorsion de concurrence prohibée par le traité, et particulièrement par les règles en matière d'aides d'État, cette forme juridique doit être soumise à la discipline des aides d'État. Les États membres sont libres de choisir la forme juridique des entreprises mais doivent, dans leur choix, respecter les règles de concurrence du traité. En particulier, le simple fait que la garantie de l'État soit automatiquement liée à un statut juridique particulier n'empêche pas ladite garantie de constituer une aide d'État aux termes de l'article 87, paragraphe 1, du traité si les conditions applicables sont réunies. Cette conclusion n'est pas affectée par l'article 295 du traité. Bien au contraire, dans un scénario concurrentiel, le principe de neutralité impliquerait la suppression de tout avantage injustifié au bénéfice des entreprises publiques au détriment de leurs concurrents privés. Une approche identique a été récemment suivie par la Commission, à titre d'illustration, dans le cas concernant les institutions publiques de crédit en Allemagne (point 5 de la proposition de mesures utiles du 8 mai 2001).

B) Procédure formelle d'examen

84. L'aide résultant de l'avantage qu'EDF s'est assuré par la création irrégulière de 56 866 millions de FRF de provisions comptables pour le renouvellement du RAG, qui n'est que partiellement compensé par les ajustements et reclassements comptables enregistrés en 1997, est illégale. Conformément à l'article 88, paragraphe 2, du traité, et à l'article 4, paragraphe 4, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999, si la Commission constate, après un examen préliminaire, que la mesure suscite des doutes quant à sa compatibilité avec le marché commun, elle décide d'ouvrir la procédure formelle d'examen.

85. À la lumière des considérations qui précèdent, la Commission invite la France, dans le cadre de la procédure de l'article 88, paragraphe 2, du traité, à lui présenter ses observations et à fournir toute information utile pour l'évaluation de l'aide susmentionnée, dans un délai d'un mois à compter de la date de réception de la présente. Elle invite vos autorités à transmettre immédiatement une copie de cette lettre à EDF.
86. La Commission rappelle à la France l'effet suspensif de l'article 88, paragraphe 3, du traité, et se réfère à l'article 14 du règlement (CE) n° 659/1999, qui dispose que toute aide illégale pourra faire l'objet d'une récupération auprès de son bénéficiaire.
87. La Commission avise la France qu'elle informera les intéressés par la publication de la présente lettre et d'un résumé de celle-ci au *Journal officiel des Communautés européennes*. Elle informera également les intéressés dans les pays de l'AELE signataires de l'accord EEE par la publication d'une communication dans le supplément EEE du *Journal officiel*, ainsi que l'autorité de surveillance de l'EEE, en leur envoyant une copie de la présente. Tous les intéressés susmentionnés seront invités à présenter leurs observations dans un délai d'un mois à compter de la date de cette publication.
- C) Injonction de fournir des informations**
88. Par lettre du 27 novembre 2001, la Commission a invité les autorités françaises à lui fournir certaines informations. Bien que la Commission ait réitéré sa demande par lettres du 6 mai 2002 et du 18 juin 2002, les autorités françaises n'ont pas encore soumis toutes les informations demandées par la Commission.
89. Conformément à l'article 10, paragraphe 3, du règlement de procédure (CE) n° 659/1999, si en dépit du rappel qui lui a été adressé, un État membre ne fournit pas les renseignements demandés dans le délai imparti par la Commission ou les fournit de façon incomplète, la Commission arrête une décision lui enjoignant de fournir lesdites informations.
90. Compte tenu des considérations qui précèdent, la Commission enjoint la France de lui fournir, dans un délai d'un mois à compter de la réception de la présente, tous les documents, informations et données nécessaires pour apprécier la compatibilité des aides dans le cadre de la procédure formelle d'examen prévue à l'article 88, paragraphe 2, du traité, et en particulier les informations suivantes qui, bien qu'elles aient été demandées, n'ont pas encore été fournies ou ne l'ont été que partiellement:
- i) copies complètes des rapports non publics de la Cour des comptes française sur EDF;
 - ii) copies des redressements fiscaux notifiés à EDF par les autorités fiscales françaises en 1987-1997 ainsi que des accords éventuels auxquels les deux parties seraient arrivées;
 - iii) calcul détaillé des résultats comptables et fiscaux d'EDF pour la période 1986-1997, indiquant la situation fiscale d'EDF dans l'hypothèse où les 56 866 millions de FRF de provisions irrégulières constituées pour le renouvellement du RAG n'auraient pas été créés, comparée à l'impôt sur les sociétés effectivement payé;
 - iv) calcul détaillé de l'impôt et de la rémunération de l'État qu'EDF aurait dû payer à celui-ci en l'absence des provisions en question.
- Les calculs visés aux points iii) et iv) doivent être capitalisés afin de refléter leurs valeurs courantes à la date de paiement de l'impôt sur les sociétés de 1997.
91. Sinon, la Commission adoptera une décision sur la base des informations dont elle dispose."

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 87 und 88 des EG-Vertrags

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(2002/C 280/05)

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Italien (Latium)

Beihilfe Nr.: N 54/02

Titel: Weinstraßen, Olivenölstraßen und Straßen anderer typischer und traditioneller landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Zielsetzung: Beihilfen zur Förderung des Absatzes von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und zu Investitionen in Zusammenhang mit der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Rechtsgrundlage: Legge 3 agosto 2001 n. 21 «Disciplina delle strade del vino, dell'olio d'oliva e dei prodotti agroalimentari tipici e tradizionali»

Haushaltsmittel: Etwa 510 000 EUR im Jahr 2002

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Maßnahme unterschiedlich

Laufzeit: Nicht festgelegt

Andere Angaben: Die Beihilfen, die keine Tätigkeiten betreffen, die sich auf die Herstellung, Verarbeitung oder Vermarktung von in Anhang I des EG-Vertrags aufgeführten Waren beziehen, werden nach der „De-minimis“-Regel der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 gewährt

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Spanien

Beihilfe Nr.: N 112/02

Titel: Beihilfe zu Gunsten des Gartenbaus

Zielsetzung: Förderung von Erzeugergemeinschaften im Sektor Gartenbau

Rechtsgrundlage: Proyecto de Real Decreto por el que se regula el reconocimiento de las agrupaciones de productores de plantas vivas y productos de la floricultura y se establecen medidas de apoyo a su constitución y funcionamiento

Haushaltsmittel: Für 2003 bis 2007 sind 0,36, 0,72, 1,08, 1,44 bzw. 1,80 Mio. EUR vorgesehen

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 100 % im ersten Jahr

Laufzeit: Unbefristet

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Italien (Apulien)

Beihilfe Nr.: N 144/02

Titel: Beihilfe an Rindfleischerzeuger für die Einführung eines Etikettierungssystems

Zielsetzung: Beihilfe für technische Unterstützung, Qualitätsprogramme, Forschung und Entwicklung im Bereich Qualitätsverbesserung, Absatzförderung und Werbung

Rechtsgrundlage: Legge Regionale 14 del 31.5.2001, articolo 23 «Realizzazione di un sistema di etichettatura delle carni bovine»

Haushaltsmittel: 438 988,37 EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Maßnahme unterschiedlich, gemäß Angaben im Schreiben an den Mitgliedstaat

Laufzeit: Ein Jahr

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Italien (Ligurien)

Beihilfe Nr.: N 216/02

Titel: Schaffung eines Blumenanbaugebiets in Ligurien

Zielsetzung: Beihilfen für Studien, ein Qualitätsprojekt und die Schaffung eines Blumenanbaugebiets

Rechtsgrundlage: Legge Regionale 30 novembre 2001 n. 42 «Istituzione del distretto florovivaistico del Ponente»

Haushaltsmittel: 7 746,85 EUR im ersten Jahr

Beihilfeintensität oder -höhe: 50 % der beihilfefähigen Kosten, bis zu 100 000 EUR je Begünstigten im Dreijahreszeitraum und 100 000 EUR je Dreijahreszeitraum für die Schaffung des Gebiets (De-minimis-Beihilfen)

Laufzeit: Nicht festgelegt

Andere Angaben: Die Beihilfen, die keine Tätigkeiten betreffen, die sich auf die Herstellung Verarbeitung oder Vermarktung von in Anhang I des EG-Vertrags aufgeführten Waren beziehen, werden nach der „De-minimis“-Regel der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 gewährt

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Italien (Emilia Romagna)

Beihilfe Nr.: N 227/02

Titel: Beihilfen zur Entwicklung von Herkunftssicherungssystemen im Landwirtschafts- und Ernährungssektor

Zielsetzung: Förderung der Einführung von freiwilligen Herkunftssicherungssystemen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel in der Region, um die Sicherheit von Lebensmitteln zu gewährleisten, dem Recht der Verbraucher auf Informationen nachzukommen, Ursprung und Qualität der Erzeugnisse hervorzuheben sowie die Organisation des Produktionszyklus durch Valorisierung der Arbeit und technologische Innovation zu optimieren

Haushaltsmittel: Etwa 15 Mio. EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Der Höchstbeihilfesatz je Begünstigten liegt bei 40 % mit einer Höchstgrenze von 100 000 EUR je Begünstigten innerhalb von drei Jahren und einem Höchstbetrag von 900 000 EUR je Projekt. Bei kleinen und mittleren Unternehmen darf der Höchstsatz 40 % nicht übersteigen

Laufzeit: Drei Jahre

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Italien (Friaul-Julisch Venetien)

Beihilfe Nr.: N 302/02

Titel: Maßnahmen zugunsten von Strukturinvestitionen im Tierzuchtsektor

Zielsetzung: Verbesserung der Erzeugung und der Qualität von Kuh-, Schaf- und Büffelmilcherzeugnissen durch Beihilfe zu Investitionen in Milchviehbetrieben

Haushaltsmittel: 476 173,26 EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: 50 % in benachteiligten Gebieten und 40 % in den übrigen Gebieten. Für Junglandwirte ist ein Zuschlag von 5 % vorgesehen

Andere Angaben: Es handelt sich um eine einmalige Beihilfe

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Mitgliedstaat: Frankreich

Beihilfe Nr.: N 336/02

Titel: Beihilfen im Rahmen der Planverträge Staat-Regionen zugunsten der Sektoren frisches und verarbeitetes Obst und Gemüse, Gartenbauerzeugnisse, Tabak, Kartoffeln und spezialisierte Erzeugungen

Zielsetzung: Unterstützung von Forschungsmaßnahmen und Versuchsprojekten sowie Förderung der Qualitätssteigerung, der Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft und der Strukturierung nachgelagerter Unternehmen

Haushaltsmittel: 100,4 Mio. EUR für die Laufzeit des Planvertrags (2000—2006), d. h. ein Jahresbeitrag von 14,3 Mio. EUR

Beihilfeintensität oder -höhe: Je nach Maßnahme unterschiedlich

Laufzeit: Von 2000 bis 2006

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

—

Datum der Annahme des Beschlusses: 17.10.2002

Haushaltsmittel: 4 Mio. EUR 2001; 2 Mio. EUR ab 2002

Mitgliedstaat: Niederlande

Beihilfeintensität oder -höhe: Höchstens 40 %

Beihilfe Nr.: N 851/01

Laufzeit: Unbefristet

Titel: Verordnung vom 22. November 2002 über Investitionen in Schweinehaltungen der ökologischen Erzeugung

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) des Beschlusses, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen wurden, finden Sie unter folgender Internet-Adresse:

Zielsetzung: Umstellung auf die ökologische Schweinehaltung

Rechtsgrundlage: Investierungsregelung biologische varkenshouderij van 22 november 2001 (LNV)

http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/state_aids

Mitteilung über die Einführung der Zusammenarbeit der Verwaltungen gemäß Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1148/2001 zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Gemeinschaft

(Veröffentlicht gemäß Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1148/2001 der Kommission (ABl. L 156 vom 13.6.2001, S. 9))

(2002/C 280/06)

Mit dieser Mitteilung gibt die Kommission bekannt, dass das Königreich Marokko ihr alle zweckdienlichen Informationen über die Kontrollen im Rahmen der Zusammenarbeit der Verwaltungen gemäß Artikel 7 Absatz 8 der Verordnung (EG) Nr. 1148/2001 der Kommission, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2379/2001, übermittelt hat, die zwischen dem Königreich Marokko und der Europäischen Gemeinschaft eingeführt worden ist.

Die Verordnung (EG) Nr. 1791/2002 der Kommission gilt gemäß Artikel 3 derselben Verordnung ab dem Tag der Veröffentlichung der vorliegenden Mitteilung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C.

Angaben der Mitgliedstaaten über staatliche Beihilfen, die auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden

(2002/C 280/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Beihilfe Nr.: XS 09/02

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Autonome Region Madrid

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Innovationsplan für die Unternehmen der Autonomen Region Madrid 2002 bis 2005 (Kapitel IV mit Wirkung für diese Anmeldung)

Rechtsgrundlage: Orden 16/2002, de la Consejería de Economía e Innovación Tecnológica, por la que se regula el Plan de Innovación Empresarial de la Comunidad de Madrid (2002-2005). (texto del capítulo IV)

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: Höchstens 18,03 Mio. EUR jährlich

Beihilfeshöchstintensität: Bis zu 15 %, falls es sich um ein kleines Unternehmen handelt, und bis zu 7,5 %, wenn das betreffende Unternehmen ein mittleres Unternehmen ist. Der Höchstbetrag je Unternehmen beläuft sich auf 300 505 EUR jährlich

Bewilligungszeitpunkt: 11. Januar 2002

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: 2002 bis 2005. (Beihilfen können bis spätestens 31. Dezember 2005 genehmigt werden)

Zweck der Beihilfe: Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen bei Investitionen in aktive neue Werkstoffe als Ergebnis diesbezüglicher Innovationen

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der im EGKS-Vertrag bestimmten Bereiche, Verkehr, Fischerei und Landwirtschaft, einschließlich des Bereichs der Verarbeitung oder Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, vorbehaltlich der besonderen Regelungen in den entsprechenden Verordnungen und Richtlinien über staatliche Beihilfen für bestimmte Wirtschaftsbereiche

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Instituto Madrileño de Desarrollo — (IMADE)
 (Consejería de Economía e Innovación Tecnológica —
 Comunidad de Madrid)
 José Abascal, 57
 E-28003 Madrid

Sonstige Auskünfte: Die Beihilferegelung 16/2002 der „Consejería de Economía e Innovación Tecnológica“ der Autonomen

Region Madrid stützt sich auf die Rechtsgrundlage der Orden 1939/2001 vom 7. März der „Consejería de Economía y Empleo“ (der heutigen „Consejería de Economía e Innovación Tecnológica“) über den „Plan de Innovación Empresarial de la Comunidad de Madrid“. Dieses Programm, das für den Zeitraum von 2001 bis 2005 gilt, wurde von der Kommission mit Schreiben vom 19.12.2000 (Beihilfe N 670/2000 — Madrid (Spanien)) genehmigt.

Die neue Regelung übernimmt den Inhalt der vorhergehenden Regelung wörtlich, fügt jedoch ein neues Kapitel IV ein, das Investitionen in aktive neue Einrichtungen betrifft und Gegenstand dieser Anmeldung ist. (Kapitel IV umfasst unter der Überschrift „Investitionen in technologische Innovationen“ Artikel 23 bis Artikel 26 des neuen Rechtsakts.)

Nach der Einfügung des neuen Kapitels IV in die bestehende Regelung lassen sich die jährlichen Haushaltsmittel nicht im Voraus bestimmen. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass die Haushaltsmittel im Jahreshöchstbetrag von 18,03 Mio. EUR enthalten sind, der mit der staatlichen Beihilfe N 670/2000 für das Programm insgesamt genehmigt wurde, und dass keinesfalls eine Erhöhung der jährlichen Haushaltsmittel anzunehmen ist.

Durch die Einbeziehung des Kapitels IV in das bestehende Beihilfeprogramm, das mit der staatlichen Beihilfe N 670/2000 genehmigt wurde, sollen die Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen der Autonomen Region Madrid durch Hilfen bei der Einführung neuer Technologien (Erwerb von Vermögenswerten) im Rahmen der Innovationsprozesse der Unternehmen ergänzt werden.

Damit sollen alle nach dem Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen unter einem einzigen Rechtsakt zusammengefasst werden

Beihilfe Nr.: XS 17/01

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Autonome Gemeinschaft der Region Murcia

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen
Name des begünstigten Unternehmens: Förderung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energieträger

Rechtsgrundlage:

— Estatuto de Autonomía de la Región de Murcia.

- Decreto nº 30/2000 de reorganización de la Administración Regional.
- Decreto legislativo 1/1999 de 2 de diciembre. Texto refundido de la Ley de Hacienda de la Región de Murcia.
- Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe:

- Fördermittel für kommunale Körperschaften: 20 Mio. ESP (120 202,42 EUR)
- Fördermittel für Privatunternehmen (KMU): 15 Mio. ESP (90 151,18 EUR)
- Fördermittel für Privathaushalte und gemeinnützige Einrichtungen: 65 Mio. ESP (390 657,87 EUR)

Beihilfehöchstintensität: Privatunternehmen: höchstens 40 % der förderfähigen Kosten. Der Beihilfebetrag darf 2 Mio. ESP nicht überschreiten; lediglich für kommunale Körperschaften und Pilotvorhaben kann mit Zustimmung der Evaluierungskommission ein höherer Betrag bewilligt werden

Bewilligungszeitpunkt: Die Regelung ist am 16.3.2001 in Kraft getreten

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: Bis 30.11.2001

Zweck der Beihilfe: Fördermittel für lokale Körperschaften, Privatunternehmen (KMU), Privathaushalte und gemeinnützige Einrichtungen zur Durchführung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energieträger wie

- Solarenergie
- thermische Energie
- Photovoltaik
- Windenergie
- Biomasse
- geothermische Energie
- Siedlungsmüll
- Biobrennstoffe

Betroffene Wirtschaftssektoren:

- Kommunale Körperschaften

- Privathaushalte und gemeinnützige Einrichtungen
- Privatunternehmen (KMU) aller Wirtschaftsbereiche, ausgenommen solcher, die in der Produktion, Verarbeitung oder Vermarktung der in Anhang I des EG-Vertrags aufgeführten Produkte tätig sind oder Aktivitäten ausüben, welche die Verwendung heimischer Erzeugnisse zum Nachteil von Importwaren begünstigen

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Sr. Patricio Valverde Megías
 Consejero de Tecnologías, Industria y Comercio
 San Cristóbal, 6
 E-30071 Murcia

Beihilfe Nr.: XS 26/02

Mitgliedstaat: Spanien

Region: Katalonien

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen Name des begünstigten Unternehmens: Förderung der Sozialwirtschaft, Programm 2, Zuschüsse für Anlageinvestitionen zur Förderung von Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit

Rechtsgrundlage: TRE/383/2002, de 22 de febrero, por la cual se abre una nueva convocatoria excepcional para el año 2002 para la concesión de ayudas sobre el fomento de la economía social (DOGC núm. 3587 4.3.2002), de acuerdo con la Orden de 17 de diciembre de 2001, por la cual se aprueban las bases reguladoras sobre el fomento de la economía social en Cataluña

Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Gesamtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbeihilfe: 601 012,10 EUR

Beihilfehöchstintensität: Höchstens 15 % der beihilfefähigen Kosten der Investitionen kleiner Unternehmen und 7,5 % im Falle von mittleren Unternehmen bis zu einem Höchstbetrag von 24 040,48 EUR je Unternehmen oder 36 060,73 EUR, wenn die Investition in einem Gebiet getätigt wird, das vom Bevölkerungsrückgang oder industriellen Niedergang betroffen ist

Bewilligungszeitpunkt: 4. März 2002

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe: 1. Mai 2001 bis 31. Dezember 2001

Zweck der Beihilfe: Finanzierung von Investitionen, die eine unversteuerte effektive Mindestaufwendung von 42 070,85 EUR in Produktionsanlagen voraussetzen und von Genossenschaften und Arbeitnehmervereinigungen getätigt werden und direkt dem Gesellschaftszweck dienen

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Wirtschaftszweige

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Manuel Romero i Colomé
 Director General d'Economia Social, Cooperatives i Auto-
 empresa
 Departament de Treball
 Generalitat de Catalunya
 Sepúlveda, 148-150 7^a planta
 E-08011 Barcelona

Sonstige Auskünfte: Diese Regelung hat Ausnahmecharakter, da sie die beihilfefähigen Tätigkeiten betrifft, die zwischen dem 1. Mai 2001 und 31. Dezember 2001 durchgeführt werden, und die normale Regelung für das Haushaltsjahr 2001 für diese Art von Zuschüssen nach der Verordnung vom 12. Februar 2001 am 30. April 2001 ausgelaufen ist

Beihilfe Nr.: XS 63/01

Mitgliedstaat: Italien

Region: Piemont

Bezeichnung der Beihilferegelung bzw. bei Einzelbeihilfen

Name des begünstigten Unternehmens: EPPD 2000—2006
 Region Piemont — Maßnahme 2.1 — Förderung der Investition-
 en von Unternehmen — Interventionslinie 2.1b — Finan-
 zierungen der Unternehmensinvestitionen

Rechtsgrundlage: Atto deliberativo della giunta regionale n.
 12-3626 del 31 luglio 2001 Reg. 1260. Ob. 2. Docup Regione
 Piemonte, periodo di programmazione 2000-2006. Approva-
 zione progetti di aiuto in esenzione ai sensi del Reg. CE
 70/2001 — Allegato 1 — 2.1.b — Finanziamenti per gli in-
 vestimenti delle imprese

**Voraussichtliche jährliche Kosten der Regelung bzw. Ge-
 samtbetrag der einem Unternehmen gewährten Einzelbei-
 hilfe:**

Die vorgesehenen Beträge beziehen sich auf die mit der
 „Interventionslinie 2.1b — Finanzierungen der Unternehmens-
 investitionen“ eingerichtete Beihilferegelung

Jahr	2002	2003	2004
Vorgesehene Ausgaben in EUR	44 700 000	26 820 000	17 880 000

Beihilfeshöchstintensität: Mit der Interventionslinie werden
 zurückzahlbare Vorschüsse für die Unternehmen finanziert:
 die zinsfreie Finanzierung zulasten des Fonds darf 50 % der
 Investitionen nicht überschreiten, die Obergrenze beträgt

500 000 EUR. Dazu kommt eine Finanzierung gleichen Um-
 fangs, die von den vertragsgebundenen Kreditinstituten zu
 marktüblichen Zinssätzen gewährt wird. Das Darlehen wird
 mit gleichbleibenden Teilbeträgen in 48 Monaten zurück-
 gezahlt, dazu können 12 tilgungsfreie Monate kommen.

Für die Unternehmen des Hotelgewerbes darf die Finanzierung
 zulasten des Fonds 1 Mio. EUR nicht überschreiten. Die finan-
 ziellen Mittel werden vorzugsweise für die Wiederverwendung
 der bestehenden Strukturen verwendet.

Die Beihilfeshöchstintensität darf keinesfalls 7,5 % BSÄ für die
 mittleren Unternehmen und 15 % BSÄ für die kleinen Unter-
 nehmen überschreiten.

Die für die Gebiete im Sinne von Artikel 87 Absatz 3 Buch-
 stabe c) vorgesehenen Aufschläge finden keine Anwendung

Bewilligungszeitpunkt: 10. Dezember 2001

Laufzeit der Regelung bzw. Auszahlung der Einzelbeihilfe:
 30. Juni 2007

Zweck der Beihilfe: Investitionsbeihilfen.

Im Rahmen des einheitlichen Programmplanungsdokuments
 2000—2006 der Region Piemont, Schwerpunkt 2 — Verbes-
 serung und Unterstützung des Systems, Maßnahme 2.1 — För-
 derung der Investitionen von Unternehmen, Interventionslinie
 b) Finanzierungen der Unternehmensinvestitionen, trägt die
 vorstehend genannte Regelung zur Verbesserung der Produkti-
 vität und zur Konsolidierung und Entwicklung des Beschäfti-
 gungssektors und der Produktionsgrundlagen bei.

Mit den Aktionen dieser Interventionslinie wird angestrebt, die
 Unternehmensproduktivität zu erhöhen und die Erzeugnisse
 und Produktionsprozesse zu verbessern (ohne die Forschungs-
 und Entwicklungsaktivitäten zu unterstützen)

Betroffene Wirtschaftssektoren: Alle Sektoren

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde:

Regione Piemonte — Assessorato Industria, Lavoro, New Eco-
 nomy, Formazione Professionale, Politiche Comunitarie, Affari
 Internazionali, Commercio interno ed estero
 Via Pisana, 6
 I-Torino

Kontaktperson:

Dott. Vito Valsania
 Via Pisano, 6
 I-Torino
 Tel. (39) 011 432 31 95
 Fax (39) 011 432 34 83
 E-mail: direzione16@regione.piemonte.it

Sonstige Auskünfte: In dem EPPD wird die Region Piemont als die für die Durchführung verantwortliche Behörde benannt. Sie kann über eine Verwaltungsstelle, die gemäß den gemeinschaftlichen Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge bestimmt wird, die Interventionslinie durchführen.

In den Genuss der Beihilferegelung kommen die kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Industriebereich, Baugewerbe, Handwerk, Handel (Beschränkung auf die Interventionen in den benachteiligten Gemeinden der Gebirgsregionen und im Hügel-land), Fremdenverkehr und Dienstleistungssektor gemäß der Definition in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (ABl. L 10 vom 13. Januar 2001), die in einem Ziel-2-Gebiet, in einem Phasing-out-Gebiet

und/oder in einem Gebiet im Sinne des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe c) lokalisiert sind.

Unbeschadet der gemäß EG-Vertrag erlassenen Verordnungen, Richtlinien und Leitlinien über die Gewährung staatlicher Beihilfen in bestimmten Wirtschaftssektoren gemäß Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 70/2001: falls Zuschussanträge von Unternehmen gestellt werden, die Wirtschaftssektoren angehören, für die spezielle Gemeinschaftsvorschriften über staatliche Beihilfen gelten, wird die für die Durchführung zuständige Behörde die genannten Vorhaben im Lichte der geltenden Regelung prüfen und sich an die Vorschriften dieser Regelung halten.

Die Intervention des EFRE zugunsten von Unternehmen, die landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen, verarbeiten und vermarkten (Anhang I des Vertrags), ist ausgeschlossen

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache COMP/M.2984 — Sofinco/Commercial Bank of Greece/JV)

(2002/C 280/08)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 28. Oktober 2002 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern als für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronikformat über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank unter der Dokumentennummer 302M2984. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht.

Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP
Information, Marketing and Public Relations
2, rue Mercier
L-2985 Luxemburg
Tel.: (+352) 29 29-4 27 18, Fax: (+352) 29 29-4 27 09.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.2763 — Toray/Murata/Teijin)**

(2002/C 280/09)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 5. November 2002 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Die japanischen Unternehmen Toray Engineering Co. Ltd (Toray), Murata Machinery Ltd (Murata) und Teijin Seiki Co. Ltd (Teijin) erwerben im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die gemeinsame Kontrolle bei dem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen TMT Machinery Inc. (TMT, Japan) durch Kauf von Anteilsrechten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Toray: Engineering, Elektronik, Textilmaschinen;
- Murata: Textil- und andere Maschinen, Baugewerbe, Immobilien;
- Teijin: Textil- und andere Maschinen, Flugzeug-/Ölhydraulik-/Präzisions-Ausrüstung;
- TMT: Maschinen zur Herstellung synthetischer Fasern.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2763 — Toray/Murata/Teijin, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
J-70,
B-1049 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

PROGRAMM DAPHNE 2000—2003

VORBEUGENDE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON GEWALT GEGEN KINDER, JUGENDLICHE UND FRAUEN

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen 2003

(2002/C 280/10)

I. ZIELE DES PROGRAMMS DAPHNE

Das Programm Daphne (2000—2003) ist ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft, mit dem vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen unterstützt werden. Seine Mittelausstattung beläuft sich insgesamt auf 20 Mio. EUR, wobei für jedes seiner vier Laufjahre 5 Mio. EUR vorgesehen sind.

Im Einzelnen werden im Rahmen des Programms folgende Ziele verfolgt:

Ziel: Unterstützung und Förderung der Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und anderen Organisationen, einschließlich öffentlicher Stellen, die im Bereich der Gewaltbekämpfung tätig sind.

Maßnahmen: Grenzübergreifende Maßnahmen zur Einrichtung multidisziplinärer Netze, zur Sicherstellung des Austauschs von Informationen und bewährten Praktiken sowie zur Gewährleistung der Zusammenarbeit auf Ebene der Gemeinschaft.

1. Unterstützung der Errichtung und des Ausbaus multidisziplinärer Netze sowie Unterstützung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen NRO und den verschiedenen Organisationen und öffentlichen Einrichtungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, um zu einem größeren gegenseitigen Verständnis und Wissen in Bezug auf die jeweiligen Aufgaben beizutragen und den Austausch einschlägiger Informationen zu erleichtern.
2. Förderung und Austausch bewährter Praktiken, einschließlich Pilotprojekten, auf Gemeinschaftsebene zur Verhütung von Gewalt sowie zur Unterstützung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen.

Die Netze führen insbesondere Tätigkeiten durch, die sich mit der Gewaltproblematik befassen:

- i) Festlegung eines gemeinsamen Rahmens für die Analyse von Gewalt — einschließlich der Definition der verschiedenen Arten von Gewalt —, der Ursachen von Gewalt und ihrer Auswirkungen;
- ii) Beurteilung der Auswirkungen der verschiedenen Arten von Gewalt in Europa auf die Opfer und die Gesellschaft, um in geeigneter Weise reagieren zu können;
- iii) Bewertung der Arten und der Effizienz von Maßnahmen und Praktiken zur Verhütung und Aufdeckung von Ge-

walt, einschließlich der Gewalt in Form sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs, und zur Unterstützung der Gewaltopfer, um insbesondere zu verhindern, dass diese erneut Opfer von Gewalthandlungen werden.

Ziel: Stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Problematik der Gewalt und der Verhütung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen, einschließlich der Opfer des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung, der Opfer sexueller Ausbeutung zu kommerziellen Zwecken und der Opfer anderer Formen des sexuellen Missbrauchs.

Maßnahmen: Grenzübergreifende Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

1. Förderung von Informationskampagnen in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, von Pilotprojekten mit europäischem Mehrwert und von Maßnahmen zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, Ausbildern und sonstigen betroffenen Personengruppen, sowie der Medien für potenzielle Gewaltrisiken und für Möglichkeiten, sie zu vermeiden; dies schließt die Vermittlung von Kenntnissen über Rechtsvorschriften sowie über Gesundheitserziehung und -ausbildung im Zusammenhang mit der Gewaltbekämpfung ein.
2. Ausbau einer gemeinschaftsweiten Informationsquelle, um NRO und öffentliche Einrichtungen zu unterstützen und sie über öffentlich zugängliche Informationen zu unterrichten, die von staatlichen Stellen, NRO und Hochschuleinrichtungen im Bereich der Gewalt, der Gewaltverhütung, der Hilfe für Gewaltopfer und der Mittel zur Verhütung von Gewalt zusammengetragen werden, sowie Bereitstellung von Informationen über alle diesbezüglichen Maßnahmen und Programme unter der Schirmherrschaft der Gemeinschaft. Dadurch dürfte es möglich sein, die Informationen in alle einschlägigen Informationssysteme einzubeziehen.
3. Untersuchungen zu den Themen Gewalt, sexueller Missbrauch und Mittel zu ihrer Verhütung; Ziel ist unter anderem die Ermittlung der effizientesten Verfahren und Strategien zur Verhütung von Gewalt, zur Untersuchung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Kosten sowie zur Unterstützung der Gewaltopfer, um insbesondere zu verhindern, dass diese erneut Opfer von Gewalthandlungen werden. Auf diese Weise soll dem Gewaltproblem wirkungsvoll begegnet werden.

4. Größere Effizienz beim Erkennen, Erfassen und Bewältigen der Auswirkungen von Gewalt.

II. SCHWERPUNKTTHEMEN IM JAHR 2003

2003 werden vorrangig Projekte in den folgenden Bereichen gefördert:

— Die Förderung von Vorschlägen zur Nutzung bereits erzielter Ergebnisse (unabhängig, ob diese auf eine Daphne-Finanzierung zurückzuführen sind oder nicht), ihrer Anpassung an bzw. Übertragung auf andere geografische Zonen, in andere Sprachen oder auf andere Zielgruppen hat nach wie vor hohe Priorität. Damit dürften der Austausch bewährter Praktiken, eines der Ziele des Daphne-Programms, und die angestrebte stärkere Wirkung bereits erzielter Ergebnisse sichergestellt sein. Die bisher geförderten Projekte können auf der Daphne-Website eingesehen werden (s. Ziffer VIII).

Darüber hinaus wird den nachstehenden Themen, die bislang kaum behandelt worden sind, in der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für 2003 prioritäre Bedeutung beigemessen werden:

— Entwicklung von Indikatoren zur Messung des Grads an Gewalt und der Auswirkungen von Gewalt auf Opfer, ihre Familien und die gesamte Bevölkerung. Parallel zu den Indikatoren sollten Verfahren zur Datenerhebung entwickelt werden. Da sich nicht alle Arten der Gewalt mit einer Indikator-Reihe erfassen lassen, bietet sich eine getrennte Behandlung der verschiedenen Gewaltformen an (die nachstehende Aufzählung ist weder erschöpfend noch zwingend; sie ist lediglich als Orientierung zu verstehen):

— *Körperliche Gewalt*: Schubsen, Treten, Boxen, Schütteln, Verletzen mit oder ohne Gegenstände, Bedrohen mit Waffen usw.

— *Sexuelle Gewalt*: Vergewaltigung, Zwangsprostitution, erzwungener Sex, erzwungene sadomasochistische Praktiken, genitale Verstümmelung usw.

— *Seelischer und verbaler Missbrauch*: erniedrigende Sprache und demütigendes Verhalten, das zu Vertrauensverlust führt, Isolation (Unterbinden der Kontakte mit der Außenwelt: kein Telefonkontakt, keine körperlichen Kontakte) usw.

— *Angst einflößende Drohgebärden, einschüchterndes Verhalten*: „Wenn du weggehst, bringe ich mich/die ganze Familie um“ usw.

— *Ausschluss und fast strukturelle Gewalt*: Diskriminierung, Ausgrenzung, Ausbeutung, Kinder- und Menschenhandel usw.

— *Belästigung und Verfolgung*: Tyrannisieren, anonyme Telefonanrufe, ständige Bedrohung der Sicherheit, sexuelle Belästigung am oder außerhalb des Arbeitsplatzes usw.

— *Virtuelle Gewalt*: Herunterladen und Bearbeiten von Bildern von Frauen und Kindern aus dem Internet, die als Sexualobjekte dargestellt sind.

— *Straßenkinder* in den Ländern der Europäischen Union, auf die Zwang ausgeübt wird, die manipuliert, ausgebeutet oder bedroht werden (z. B. Kinder, die zur Drogeneinnahme oder zum Dealen, zum Stehlen oder Betteln gezwungen werden, die durch Banden kontrolliert oder zur Prostitution gezwungen werden). Um diesen Kindern zu helfen, könnte die Problematik anhand von Umfragen erfasst, oder es könnten soziale Hilfsdienste, Schutzmechanismen, Hotline-Angebote oder Aufnahmezentren bereitgestellt werden; ferner könnten Maßnahmen zum Aufgreifen der Kinder, der Suche nach ihrer Familie und der Rückkehr in die Familie eingeleitet werden; auch die Begleitung bei Verfahren vor Gericht u. ä. wäre hilfreich. Darüber hinaus müssen wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt werden, um die „Bewegungen“ der Kinder zu dokumentieren: die Länder/Orte, aus denen sie kommen, die Strecken, die sie zurückgelegt haben, um zu den Orten zu gelangen, an denen sie gefunden wurden.

— *Gesundheitliche Auswirkungen von Gewalt*.

Den Auswirkungen von Gewalt auf die Gesundheit des Opfers, seiner/ihrer Familie und die gesamte Bevölkerung wurde bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Neben einzelnen Studien und wissenschaftlichen Untersuchungen zu diesem Thema könnten Empfehlungen zur Bereitstellung von Gesundheitsdiensten durch verschiedene Anbieter (Schulen, Kliniken, Krankenhäuser) ausgearbeitet werden, mit denen den durch Gewalt erzeugten gesundheitlichen Bedürfnissen entsprochen werden kann. Des Weiteren ist es wichtig, die Angehörigen von Gesundheitsberufen dazu zu bewegen, sich denen, die die Gewalt bekämpfen, anzuschließen und festzulegen, wie sie ihr Fachwissen in diesem Zusammenhang Gewinn bringend nutzen können.

Darüber hinaus wäre eine eingehendere Beschäftigung mit folgenden Themen wünschenswert:

— Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Themen Beschäftigung im Haushalt, Scheinehen, Scheinadoptionen im Zusammenhang mit Menschenhandel mit Kindern und andere Formen des halboffiziellen Menschenhandels;

— Untersuchungen und Empfehlungen zur Messung der quantitativen und qualitativen Auswirkungen kurzfristiger Projekte für die Begünstigten;

— Darstellung der Gewaltproblematik quer durch die EU: Prävalenz, Ursachen, Form der Gewalt, Opfer, Täter, Lösungsansätze.

III. FÖRDERUNG VON ORGANISATIONEN UND PARTNERSCHAFTEN

1. Am Programm Daphne können sich öffentliche oder private Organisationen und Einrichtungen (einschließlich Kommunalbehörden) beteiligen, die zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen beitragen und Gewaltopfern helfen.
2. Finanzhilfen werden ausschließlich Organisationen bzw. Einrichtungen aus für eine Gemeinschaftsförderung in Frage kommenden Ländern gewährt. Im Jahr 2003 sind dies die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die EFTA/EWR-Länder (Island, Liechtenstein und Norwegen). Ohne Anspruch auf eine Finanzierung durch die Europäische Kommission sind auch Organisationen und Einrichtungen aus den beitriftswilligen Ländern teilnahmeberechtigt.
3. Es müssen Partnerschaften aus mindestens zwei Organisationen oder Einrichtungen aus zwei für eine Förderung in Frage kommenden Ländern gebildet werden.
4. Die Projektpartner müssen einen Koordinator (Projektträger oder federführende Organisation) bestimmen, der für die Projektabwicklung, die Koordinierung der Aufgaben und die Budgetverwaltung zuständig ist und als Ansprechpartner der Kommission fungiert. Für jedes Projekt ist nur ein Antrag zu stellen, den der Koordinator einreichen sollte. Alle weiteren beteiligten Organisationen müssen eine Partnerschaftserklärung ausfüllen und unterzeichnen, die dem Antrag beizufügen ist.

IV. FÖRDERKRITERIEN

Finanzhilfe-Anträge können nur berücksichtigt werden, wenn alle nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Antragsfrist (10. Februar 2003, 17.00 Uhr) wurde eingehalten.
2. Gegenstand des Antrags ist ein Projekt, das mit den Zielen des Daphne-Programms in Einklang steht.
3. Der Antrag trägt die Unterschrift des Projektkoordinators.
4. Der Antrag wird mithilfe der von der Europäischen Kommission elektronisch bereitgestellten Formulare (Finanzhilfe-Antrag und Finanzplan, Zeitplan und Angaben zur Bankverbindung) gestellt und in Papierform (Finanzhilfe-Antrag, Finanzplan, Zeitplan: vier Ausfertigungen, Angaben zur Bankverbindung: eine Ausfertigung) und auf Diskette eingereicht.

5. Dem Antragsformular ist für jeden Partner eine von diesem ausgefüllte und unterzeichnete „Erklärung der Partnerorganisation“ beigelegt.
6. Alle Abschnitte des Formulars sind ausgefüllt.
7. Dem Antragsformular liegen die erforderlichen Anlagen bei.
8. Die beantragte Finanzhilfe der Gemeinschaft beläuft sich für ein Projekt mit einer Laufzeit von 12 Monaten mindestens auf 30 000 EUR und höchstens auf 125 000 EUR und übersteigt nicht 80 % der gesamten Projektkosten.
9. Jeder angegebene Partner kommt für eine Förderung in Frage.
10. Jede Kofinanzierung wird nachgewiesen, zum Beispiel durch eine dem Antrag beigelegte „Kofinanzierungserklärung“, die die Verantwortlichen der die Kofinanzierungsmittel bereitstellenden Organisationen bzw. Einrichtungen unterzeichnet haben.

Finanzhilfe-Anträge, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden nicht geprüft.

V. AUSWAHLKRITERIEN

Die eingegangenen Vorschläge werden anhand der nachstehenden Kriterien geprüft:

- Ausrichtung des Projekts auf die Ziele und Schwerpunkte des Programms Daphne im Jahr 2003;
- Klarheit und Relevanz der Projektziele;
- Nutzen der erwarteten Ergebnisse;
- Angemessenheit und Realisierbarkeit des vorgeschlagenen Ansatzes, Verfahrens und Zeitplans;
- Eignung und Erfahrung der Projektpartner;
- zusätzlicher Nutzen auf europäischer Ebene;
- Verbreitung der Projektergebnisse, Schlussfolgerungen und erworbene Kenntnisse;
- Planung von Folgemaßnahmen und dauerhafte Auswirkungen des Projekts;
- angemessener Finanzplan; Kosten/Nutzen-Verhältnis.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass das Projekt nicht nur auf das unmittelbare Umfeld (örtlich, regional oder national) ausgerichtet sein, sondern auch zu den Entwicklungen auf europäischer Ebene beitragen sollte. Es muss einen echten zusätzlichen Nutzen für die Europäische Gemeinschaft bewirken.

VI. BEGINN UND DAUER DER PROJEKTE

1. Bereits angelaufene Projekte sind nicht förderfähig.
2. Für 2003 können nur Projekte mit einer Dauer von 12 Monaten eingereicht werden.
3. Die ausgewählten Projekte beginnen unmittelbar nach Vertragsunterzeichnung durch beide Parteien. Im Jahr 2003 dürften die Projekte im September oder Oktober 2003 anlaufen.

VII. FINANZIERUNG

Die für eine Finanzierung in Betracht kommenden Vorschläge werden nach Maßgabe der jährlichen Haushaltsmittel ausgewählt. Der Finanzbeitrag der Gemeinschaft beträgt in jedem Zwölfmonatszeitraum nicht mehr als 80 % der insgesamt förderfähigen direkten Projektkosten. Die Projektträger müssen sich daher zum Zeitpunkt der Antragstellung um weitere Finanzierungsquellen bemühen, um die restlichen Projektkosten zu decken. Außerdem ist zu beachten, dass sich die Finanzhilfe der Kommission für ein einzelnes Projekt je Zwölfmonatszeitraum auf einen Betrag zwischen 30 000 EUR und 125 000 EUR beläuft.

VIII. EINREICHUNGS- UND AUSWAHLVERFAHREN

Öffentliche oder private Organisationen oder Einrichtungen, die die einschlägigen Voraussetzungen erfüllen und eine Finanzhilfe der Gemeinschaft im Rahmen des Programms Daphne beantragen möchten, können den Leitfaden für Antragsteller und das Antragsformular bei der nachstehend genannten Anschrift anfordern (per Post oder E-Mail, nicht per Fax). Bitte geben Sie die EU-Amtssprache(n) an, in der (denen) Sie die Unterlagen wünschen. Das ausgefüllte Antragsformular ist **bis zum 10. Februar 2003** an die Kommission zurückzusenden.

Das Antragsformular und der Leitfaden können über die Daphne-Website eingesehen und heruntergeladen werden:

http://europa.eu.int/comm/justice_home/project/daphne/de/index.htm

Anfragen sind auch per Fax oder E-Mail möglich:

Fax (32-2) 299 67 11

isabelle.touwaide@cec.eu.int

Die ausgefüllten Finanzhilfe-Formulare sind folgendermaßen zu übermitteln:

- a) per Einschreiben (maßgebend ist das Datum des Poststempels) an folgende Anschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Justiz und Inneres (Referat A.5)
z. Hd. Herrn Patrick Trousson
LX 46 5/126
B-1049 Brüssel

- b) oder durch Hinterlegen (durch einen privaten Zustelldienst) bei folgender Adresse:

Europäische Kommission
Generaldirektion Justiz und Inneres (Referat A.5)
z. Hd. Herrn Patrick Trousson
LX 46 5/126
Rue de Genève, 1/5
B-1049 Brüssel.

Werden die Unterlagen hinterlegt, so muss dies spätestens am 10. Februar 2003, 17.00 Uhr, geschehen. Hierbei wird der Empfang der Dokumente von den Dienststellen der Kommission bestätigt.

Der Umschlag muss die Aufschrift „ANTRAG IM RAHMEN DES DAPHNE-PROGRAMMS“ tragen.

Per Fax oder E-Mail übermittelte Finanzhilfe-Anträge werden nicht akzeptiert.

Die Kommission prüft alle eingegangenen Projektanträge. Über die Gewährung einer Finanzhilfe entscheidet sie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel und der Qualität der vorgeschlagenen Projekte gemessen an den vorgenannten Kriterien. Nur ordnungsgemäß und vollständig ausgefüllte Anträge werden berücksichtigt.

Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für die Unterstützung internationaler nicht staatlicher Jugendorganisationen

EAC/62/02

(2002/C 280/11)

1. EINLEITUNG

Die Linie A-3029 des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften sieht die Unterstützung internationaler nicht staatlicher Jugendorganisationen vor, die im europäischen Rahmen tätig sind. Diese Unterstützung war vom Europäischen Parlament in einer Entschließung vom 14. Juni 1991⁽¹⁾ angeregt worden. Der vorliegende Aufruf bezieht sich auf Zuschüsse für das Kalenderjahr 2003 (1. Januar bis 31. Dezember).

2. ZWECK

Mit den Zuschüssen sollen vor allem die Entwicklung internationaler nicht staatlicher Jugendorganisationen in Europa sowie Maßnahmen von europäischem Interesse gefördert werden, die Jugendliche miteinbeziehen und/oder Jugendlichen zugute kommen.

Die Zuschüsse sind zur Deckung eines Teils der Verwaltungskosten dieser Organisationen gedacht und sollen ihnen die Jugendarbeit in einem europäischen Rahmen ermöglichen.

3. ZUR VERFÜGUNG STEHENDE HAUSHALTSMITTEL

Die für das Jahr 2002 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beliefen sich auf **1,5 Mio. EUR**. Mit diesem Betrag hat die Kommission 2002 dreiundneunzig nicht staatliche internationale Jugendorganisationen unterstützt. Für das Jahr 2003 sind Mittel in gleichem Umfang vorgesehen.

Vorschläge, die die Zulässigkeitskriterien (Punkt 4) erfüllen, werden anhand der Vergabekriterien (Punkt 5) mit einer Punktzahl bewertet. Organisationen, die bei dieser Bewertung die höchste Punktzahl erzielen, werden nach Maßgabe der verfügbaren Mittel unterstützt.

4. ZULÄSSIGKEITSKRITERIEN

Es werden nur Vorschläge von Organisationen geprüft, die

- international sind,
- nicht staatlich sind,
- keinen Erwerbszweck verfolgen,
- Jugendorganisationen sind oder aber eine ausschließlich Jugendlichen gewidmete Abteilung besitzen,
- denen als Mitglieder Organisationen angehören, die in mindestens acht der folgenden Länder tätig sind:
 - **EU:** Österreich, Belgien, Dänemark, Deutschland, Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Schweden, Vereinigtes

Königreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Finnland, Griechenland;

— **EFTA-Mitglieder des EWR:** Island, Liechtenstein, Norwegen;

— **Kandidatenländer:** Bulgarien, Zypern, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Tschechische Republik, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Türkei,

von denen mindestens zwei der Europäischen Union angehören.

Ausnahme: Bei Organisationen, die bisher noch nicht über die Haushaltslinie A-3029 unterstützt worden sind, reicht es aus, wenn sie über Mitgliedsorganisationen verfügen, die in mindestens sechs der oben genannten Länder tätig sind, davon mindestens zwei, die bereits der Europäischen Union angehören,

— zu mindestens 20 % ihres Jahreshaushalts aus anderen Quellen als dem Haushalt der Europäischen Union kofinanziert werden,

— zum Zeitpunkt der Antragstellung Rechtspersönlichkeit besitzen,

— zu deren Personalbestand mindestens eine Vollzeitkraft gehört.

Bei Parallelbewerbungen seitens einer europäischen und einer geografisch weiter gefassten Organisation, die beide dieselben (oder weitgehend dieselben) Mitglieder in den vertretenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ähnliche Ziele haben, wird nur ein Zuschuss gewährt, wobei grundsätzlich die europäische Einrichtung Vorrang genießt. Gegebenenfalls einigen sich die betreffenden Organisationen darauf, nur einen Antrag einzureichen.

Ausschlusskriterien

Nicht teilnahmeberechtigt sind Bewerber:

- a) die sich in Konkurs oder Liquidation befinden, die unter Zwangsverwaltung stehen, sich in einem gerichtlichen Vergleichsverfahren, einer Geschäftsaufgabe oder einer vergleichbaren Lage aufgrund eines nach nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen ähnlichen Verfahrens befinden oder gegen die ein solches Verfahren anhängig ist,
- b) gegen die ein rechtskräftiges Urteil wegen einer die berufliche Vertrauenswürdigkeit beeinträchtigenden Handlung vorliegt,
- c) denen von Vergabestellen eine schwerwiegende berufliche Verfehlung nachgewiesen worden ist,

⁽¹⁾ ABl. C 183 vom 15.7.1991, S. 469.

- d) die ihren Verpflichtungen zur Zahlung der Fürsorge- und Sozialbeiträge oder zur Zahlung von Steuern und Abgaben nach den Vorschriften des Landes, in dem sie ihren Sitz haben, des Landes der Vergabestelle oder des Landes, in dem der Auftrag ausgeführt werden soll, nicht ordnungsgemäß nachgekommen sind,
- e) gegen die eine rechtskräftige Verurteilung wegen Betrugs, Korruption, Beteiligung an einer kriminellen Organisation oder irgendeiner anderen illegalen Tätigkeit, die die finanziellen Interessen der Gemeinschaft beeinträchtigt, vorliegt,
- f) denen im Rahmen der Erteilung eines anderen Auftrags oder der Gewährung eines Zuschusses, die aus dem Gemeinschaftshaushalt finanziert werden, wegen Verstoßes gegen ihre Vertragsverpflichtungen schwere Mängel bei der Vertragsausführung zur Last gelegt worden sind.

Gegen Bewerber, die aufgrund oben genannter Kriterien aus dem Verfahren ausgeschlossen wurden oder die im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung am vorliegenden Aufruf falsche Angaben gemacht haben, können Verwaltungs- bzw. Geldstrafen verhängt werden.

Zulassung des Antragstellers

Zur Beurteilung der technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind im Antrag anzugeben:

- die Rechtsstellung des Unternehmens,
- die Jahresabschlüsse für 2001 (auch wenn die Unterlagen der Kommission bereits vorliegen),
- Lebenslauf der für die Organisation und Durchführung der im Antrag aufgeführten Aktivitäten verantwortlichen Mitarbeiter.

Unvollständige Anträge

Anträge, die nicht an den jeweils bezeichneten Stellen unterzeichnet sind, bei denen das Formblatt nicht vollständig ausgefüllt ist oder für die kein ausgeglichenes Budget vorliegt, gelten als unvollständig.

5. VERGABEKRITERIEN

Bei der Vergabe der Zuschüsse und der Festlegung ihrer Höhe hält sich die Kommission an folgende Kriterien:

Qualitative Kriterien

Das Jahresprogramm der Organisationen muss eine Reihe von Aktivitäten zur Förderung des europäischen Gedankens bei der Zielgruppe Jugend vorsehen, mit denen die Jugendlichen dazu angeregt werden, die europäische Zivilgesellschaft aktiv mitzugestalten. Insbesondere müssen die Aktivitäten in engem Zu-

sammenhang mit den Schwerpunktthemen des Weißbuchs der Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“⁽¹⁾ stehen, die nachstehend aufgeführt sind:

1. Beteiligung am öffentlichen Leben.
2. Information.
3. Freiwilligenaktivitäten.
4. Bessere Kenntnis der Jugendproblematik.
5. Bildung, lebenslanges Lernen und Mobilität.
6. Beschäftigung.
7. Soziale Integration.
8. Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
9. Autonomie der Jugendlichen.
10. Debatte über die Zukunft Europas.

Aus diesen Schwerpunktthemen ergeben sich Teilaktivitäten, die sich wie folgt untergliedern lassen:

- **Gruppe 1:** Jugendaustausch und Freiwilligendienst
- **Gruppe 2:** Bildungsprogramme und nicht formale Fortbildungskurse
- **Gruppe 3:** Seminare, Konferenzen, Begegnungen, Diskussionen
- **Gruppe 4:** Verschiedene kulturelle Aktivitäten: Theater- und Musikpraktika und -Workshops, Festivals, Ferienlager usw.
- **Gruppe 5:** Information (Infopoint, Website, Veröffentlichungen usw.).

Diese fünf Gruppen haben für die Wertung das gleiche Gewicht.

Satzungsmäßige Sitzungen der Organisation im Zusammenhang mit dem Verwaltungshaushalt sind zulässig, bleiben aber bei der qualitativen Analyse unberücksichtigt. Sie sind daher in einem gesonderten Feld des Antragsformulars anzugeben.

Priorität erhalten Anträge von Organisationen,

- die sich besonders in den letzten Jahren in Kandidatenländern entwickelt haben,

⁽¹⁾ KOM(2001) 681 endg.,
<http://europa.eu.int/comm/education/youth.html>

- die Jugendliche in allen Tätigkeitsbereichen und Strukturen ihrer Organisation einbinden, insbesondere Jugendliche oder Gruppen von Jugendlichen aus den am stärksten benachteiligten Kreisen und jugendliche Behinderte.

Quantitative Kriterien

Berücksichtigt werden die Anzahl der Jugendlichen, die an den Projekten mitwirken, sowie der Umfang der vorgesehenen Aktivitäten, die europäische Dimension und der Multiplikatoreffekt, d. h. die zu erwartende Wirkung des Programms auf die Zielgruppen.

Eine gewichtete Bewertung wird beim Multiplikatoreffekt vorgenommen, den die vorgesehenen Aktivitäten auf die jugendlichen Teilnehmer haben könnten. Bevorzugt werden Organisationen, die in ihrem Programm eine größere Vielfalt an Themenschwerpunkten und Aktivitäten vorsehen.

6. FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN

Gibt die Kommission einem Antrag statt, so begründet dies keinen Anspruch auf Gewährung eines Zuschusses in der beantragten Höhe. Auch begründet die Gewährung eines Zuschusses keinerlei Ansprüche auf Zuschüsse in den folgenden Jahren.

Der Finanzierungsanteil der Kommission darf 50 % des Gesamtbetrags der Verwaltungsausgaben (Punkt 18.1) nicht überschreiten und beträgt maximal 35 000 EUR.

Liegen die tatsächlich von der Organisation im Jahr 2003 verauslagten zulässigen Kosten unter den vorgesehenen Ausgaben, berechnet die Kommission ihren Finanzierungsanteil nach den tatsächlich aufgewandten Beträgen; der Empfänger muss dann gegebenenfalls die von der Kommission bei der ersten Zahlung bereits überwiesenen überschüssigen Beträge zurückerstatten.

Die für die Organisation verantwortliche Person muss sich mit ihrer Unterschrift verpflichten, die korrekte Verwendung des Zuschusses zu belegen und der Kommission und/oder dem Europäischen Rechnungshof zu gestatten, die Buchungsunterlagen der Organisation zu überprüfen. Hierzu muss der Zuschussempfänger die Buchungsbelege nach der letzten Zahlung fünf Jahre lang aufbewahren.

Die Kommission kann von jeder Organisation, die eine Finanzhilfe erhält, im Voraus die Vorlage einer Bürgschaft einer zugelassenen Bank bzw. eines zugelassenen Finanzdienstleistungsinstituts mit Sitz in einem der Mitgliedstaaten verlangen. Diese Bürgschaft muss auf Euro lauten.

Doppelfinanzierung

Die Antragsteller können aus dem Haushalt der europäischen Institutionen nur einen einzigen Zuschuss zu den Verwaltungskosten erhalten. Sie sind daher verpflichtet, im Formblatt alle etwaigen sonstigen Zuschussanträge zu vermerken, die für das gleiche Verwaltungsjahr bei den europäischen Institutionen gestellt wurden oder werden, wobei jeweils die entsprechende Haushaltszeile, das Gemeinschaftsprogramm und der beantragte Zuschussbetrag anzugeben sind.

7. PRÜFUNG DER KOSTEN

Der Zuschussantrag muss einen Voranschlag der Verwaltungskosten der Organisation für das Kalenderjahr 2003 in Euro enthalten, der auf den tatsächlichen Verwaltungsausgaben des Jahres 2001 (dem Antrag beizufügen, siehe Anlage zum Formblatt) und auf der für die Durchführung des Tätigkeitsprogramms 2003 erforderlichen Infrastruktur beruht. Der Gesamtbetrag dieser veranschlagten Verwaltungskosten muss dem Gesamtbetrag der für diese Ausgaben zweckgebundenen Finanzmittel entsprechen.

Das Tätigkeitsprogramm sowie der Finanzteil (Teil 13, 18.1 und 18.2) des Antrags werden im Fall der Gewährung des Zuschusses Bestandteil des Vertrags. Die Organisationen werden daher gebeten, hierzu besonders klare, vollständige und genaue Angaben zu machen.

Da der Zuschuss nicht zur Erzielung von Gewinnen verwendet werden darf, berücksichtigt die Kommission die Gesamteinnahmen, aus denen die Verwaltungskosten sowie die Maßnahmen der Organisation im Jahr 2003 finanziert werden. Zu diesem Zweck legen die bezuschussten Organisationen bis Februar 2004 einen Finanzbericht, aus dem die Gesamteinnahmen und -ausgaben der Organisation im Jahr 2003 hervorgehen, sowie einen Bericht über die in diesem Jahr tatsächlich geleistete Arbeit vor.

Hat der Zuschussempfänger bis zum Ende des Jahres das im Antrag angegebene Tätigkeitsprogramm nicht vollständig durchgeführt, so wird der Zuschuss nach dem Ermessen der Kommission entsprechend gekürzt.

Zulässige Kosten

Die Kommission stützt sich bei der Festlegung des zulässigen Zuschusshöchstbetrags auf das vom Antragsteller vorgelegte Verwaltungsbudget. Bei der Bewertung werden die von der Organisation für ihren normalen Betriebsablauf vorgesehenen **Verwaltungskosten** (vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003) berücksichtigt, d. h.:

- Personalkosten,
- Gemeinkosten: Miet- und Immobilienkosten, Ausrüstungen (beim Kauf von Gebrauchsgütern können nur die jährlichen Abschreibungsbeträge berücksichtigt werden), Telekommunikation und Porto, Bürobedarf,
- Reise- und Aufenthaltskosten, die dem Personal der Organisation für satzungsmäßige Sitzungen der Organisation und andere für den normalen Betrieb der Organisation erforderliche Arbeitssitzungen entstehen,
- Sitzungskosten (eigene Organisation),
- Kosten für Veröffentlichungen, Information und Distribution.

Nicht zulässige Kosten

Nicht berücksichtigt werden u. a.:

- Kosten von Dritten, die nicht von der bezuschussten Organisation getragen werden,

- Sachleistungen,
- Ausgaben für den Erwerb von Betriebsmitteln (außer in Höhe des jährlichen Abschreibungsbetrags der erworbenen Ausrüstungen),
- Ausgaben, die nicht mit dem Betrieb und der normalen Tätigkeit der Organisation in Zusammenhang stehen,
- offensichtlich unnötige oder überhöhte Ausgaben.

Es wird darauf hingewiesen, dass Organisationen, denen bereits ein solcher Zuschuss zu den Verwaltungskosten bewilligt wurde, kein Zuschuss mehr für die indirekten Kosten von spezifischen Maßnahmen (Zuschussanträge für spezifische Projekte) gewährt werden kann.

8. ZEITPLAN

Die Kommission wird sich in etwa an folgenden Zeitplan halten:

- Februar 2003: Abschluss der Antragsprüfung,
- März 2003: Entscheidung,
- April 2003: Schriftliche Benachrichtigung der Antragsteller über die Ergebnisse.

9. ANTRAGSFÖRMULAR UND LEITFADEN

Die Antragsteller werden gebeten, sich mit dem „Leitfaden für die Verwaltung von Finanzhilfen (für Antragsteller und Begünstigte)“ vertraut zu machen, der unter nachstehend genannter Internetadresse abrufbar ist. Der Leitfaden enthält im Anhang Mustervereinbarungen sowie die allgemeinen Bedingungen als Informationsgrundlage.

Der Zuschussantrag ist auf dem hierfür vorgesehenen Formblatt zu stellen.

Formblatt und Leitfaden sind im Internet abrufbar unter:

<http://europa.eu.int/comm/education/youth/program/ingyofr.html> (französische Fassung),

<http://europa.eu.int/comm/education/youth/program/ingyoen.html> (englische Fassung).

Die Unterlagen können auch per Fax (32-2) 299 41 58 oder bei der am Ende dieses Aufrufs angegebenen Anschrift angefordert werden. Sie wird mit normaler Briefpost zugeschickt; daher können nur rechtzeitig bei der Kommission eingegangene Bestellungen bearbeitet werden.

10. ANTRAGSTELLUNG

Es werden nur Anträge berücksichtigt, die auf dem entsprechenden vollständig ausgefüllten, datierten und unterzeichneten

Formblatt gestellt wurden und die ein ausgeglichenes Budget (Einnahmen/Ausgaben) aufweisen. Der Antrag ist **in zweifacher Ausfertigung** (jeweils mit den Originalunterschriften an der entsprechenden Stelle) wie folgt einzureichen:

Die Umschläge mit den Anträgen müssen die Aufschrift tragen „Zuschussantrag A-3029 für 2003“.

Die Antragsunterlagen müssen folgende Bestandteile umfassen:

1. vom Verantwortlichen der Organisation unterzeichnetes datiertes Antragschreiben,
2. ordnungsgemäß ausgefülltes und vom Verantwortlichen der Organisation unterzeichnetes Antragsformular **in zweifacher Ausfertigung**,
3. detaillierte Beschreibung des Berechnungsverfahrens für jeden Posten des Budgets, der 5 000 EUR übersteigt, mit Angabe der jeweiligen Einzelkosten,
4. Jahresabschluss der Organisation für das Jahr 2001,
5. Kopie der vorschriftsmäßig registrierten Satzung der Organisation,
6. aktueller Nachweis des Bestehens der Organisation (z. B. Bankbescheinigung, Presseartikel usw.) in zweifacher Ausfertigung,
7. Finanzbericht für das Jahr 2001 (in Euro) nach dem Muster in der Anlage zum Antragsformular,
8. vom Verantwortlichen der Organisation unterzeichneter und von der Bank beglaubigter Banknachweis,
9. Lebenslauf der für die Organisation und die Aktivitäten verantwortlichen Personen.

Anträge, die nicht alle geforderten Unterlagen enthalten oder nicht fristgemäß eingehen, werden nicht bearbeitet. Nach der Antragstellung können die eingereichten Unterlagen weder ergänzt noch geändert werden.

Die Anträge sind **bis spätestens zum 31. Dezember 2002** (es gilt das Datum des Poststempels) an folgende Anschrift zu senden:

Pierre Mairesse
Europäische Kommission
GD Bildung und Kultur
Referat D1 — Jugend
Büro VM-2 05/52
B-1049 Brüssel.

Anträge mit einem Poststempel nach dem 31. Dezember 2002 bleiben unberücksichtigt. Antragstellern, die ihren Antrag in den letzten Tagen vor Fristablauf einsenden, wird daher empfohlen, den Antrag über einen Kurierdienst oder per Einschreiben mit Rückschein einzureichen.